

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis Mfr. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Weinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Zur Lohnbewegung.

Noch ist der Winter nicht vorüber, und schon werden überall die weitgehendsten Vorbereitungen zur diesjährigen Lohnbewegung getroffen. Die Ungunst der Arbeitsverhältnisse, die Teuerung, die günstige Lage der Industrie und die Überzeugung, daß man schnell handeln muß, will man von dem wirtschaftlichen Aufschwung noch profitieren, nicht zuletzt die über Erwarten erfolgreiche Bewegung im letzten Jahre wirken in gleichem Maße anfeuernd auf die Arbeiter, den wirtschaftlichen Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Wir haben ein ereignisreiches Kampfsjahr vor uns, das kann jetzt schon gesagt werden.

Auch unsere Kollegen sind in diesem Jahre zeitiger als in früheren Jahren auf den Plan getreten. In allen Abteilungen des Verbandes regt es sich, überall drängen die Kollegen nach vorwärts; in Lübeck, Geringswalde und Remscheid stehen die Kollegen schon mitten im Kampfe, und einige Lohnbewegungen, wie die der Stoccarbeiter in Berlin, der Kochmacher in Moskau und der Bürstenmacher in Dresden, sind sogar schon erfolgreich beendet. Das Jahr 1906 fängt gut an!

Was an unserer Organisation liegt, wird natürlich gesehen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse an einer möglichst großen Zahl von Orten. Dem Verband ist es leichter gemacht als zu irgend einer früheren Zeit, Lohnbewegungen zu unterstützen. Trotzdem er in den letzten Jahren auch finanziell stark in Anspruch genommen worden ist, können wir mit unseren Mitteln noch manchen großen Kampf durchführen, ganz abgesehen von unserem Fonds allein schon durch die regelmäßig einlaufenden Beitragseinnahmen. Und der Verband wird gewiß freudig in eine Beitragserhöhung willigen zwecks Schaffung größerer Kampfmittel. Dann aber liegen die Organisationsverhältnisse an den einzelnen Orten bei weitem günstiger als bei früheren Lohnbewegungen. Die Mehrzahl der Kollegen ist zum Teil organisiert, wir haben deshalb nicht mehr in dem Maße wie früher mit dem Arbeitswilligenelement zu rechnen; und die Kollegen sind besser diszipliniert, mit den gewerkschaftlichen Grundsätzen besser vertraut. Das ermöglicht eine bessere Durchführung unserer Lohnbewegungen; wir können uns auf die Masse, die wir zum Kampfe führen, besser verlassen, das erleichtert uns sehr die Entscheidung über eine Lohnbewegung, und zum Teil fällt diese Entscheidung jetzt in einem den beteiligten Kollegen erwünschten Sinne. Tatsächlich sind denn auch im letzten Jahre seitens der Verbandsleitung nur verschwindend wenige Bewegungen nicht genehmigt worden. So gelang es in einer verhältnismäßig großen Zahl von Orten, vorwärts zu kommen, was uns bei der diesjährigen Lohnbewegung wiederum zugute kommt.

Seitens der Verbandsleitung wird also, das sind wir gewiß, alles geschehen, um in diesem Jahre wiederum eine möglichst umfangreiche Lohnbewegung durchzuführen und für die Kollegen recht große Erfolge zu erringen. Um das zu erreichen, bedarf es aber auch der einsichtigen Mithilfe der Kollegenschaft. Die Kollegen sollten sich darüber klar werden und sie sollten deshalb von vornherein zurzeit von Lohnbewegungen absehen, bei denen man nicht mit einiger Sicherheit auf einen Erfolg rechnen kann. Vor allen Dingen sollte man von Lohnbewegungen überall da absehen, wo das Organisationsverhältnis nicht günstig ist oder die Kollegen erst kurze Zeit organisiert und deshalb noch kampfesungelübt sind. An solchen Orten wird durch eine Lohnbewegung oft genug mehr geschadet als genützt. Denn in den meisten Fällen endet der Kampf mit einem Mißerfolg, und auf Jahre hinaus ist dann in solchen Orten der Organisation jedes erfolgreiche Wirken unmöglich gemacht. Gelingt es aber doch, eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse auf diese Weise zu erzielen, so kehren die Kollegen der Organisation, deren Grundsätze sie ja nicht in sich aufgenommen haben, leicht wieder den Rücken. Wie gewonnen, so zerronnen, kann man da sagen.

Die Ermunterungsstreiks, die nur inszeniert wurden, um der eben erst organisierten Kollegenschaft zu zeigen, über welche gewaltige Hilfsmittel die Organisation verfügt, oder um überhaupt erst die Aufmerksamkeit der Kollegen auf die Gewerkschaft ihres Berufs zu lenken — diese Art Streiks

sind von den gutgeleiteten Gewerkschaften lange schon verpönt. Eine gute Organisation verschmäht es, mit solchen Mitteln zu operieren, sie führt nur da Kämpfe, wo die Arbeitererschaft einigermaßen organisiert und geschult, wo ein Streikerfolg möglich und auch dauernd zu erhalten ist. Es sollte deshalb für uns immer Grundsatz sein, die Kollegen erst zu gewerkschaftlichen Kämpfen zu erziehen, ehe man sie zum Kampfe führt. Nur mit einer solchen Kollegenschaft, die von dem Geiste der Organisation und ihren Grundsätzen durchdrungen ist, lassen sich für die Organisation dauernde Erfolge erzielen.

Wir sagen das alles nicht, um, wie die Kollegen gern meinen, zu bremsen, wir sind zu diesen Ausführungen auch nicht etwa vom Vorstand veranlaßt worden. Ein Anlaß zum Bremsen liegt gar nicht vor, und wir sind in dieser unserer Meinung wie immer durchaus unabhängig vom Vorstand. Nach unserer Überzeugung lag aber gerade jetzt, bei Beginn der diesjährigen Lohnbewegung, ein Bedürfnis dafür vor, den Kollegen die notwendigen Voraussetzungen einer erfolgreichen Bewegung kurz anzudeuten.

Nun über die Vorarbeiten zu den Lohnbewegungen noch einige Worte. Es ist selbstverständlich, daß diese Vorarbeiten in aller Ruhe getroffen, daß seitens der Kollegen auch nüchtern und sachlich alle Gründe, die für oder gegen eine Bewegung sprechen, erwogen werden müssen. Es ist nicht klug, monatelang womöglich in öffentlichen Versammlungen von der demnächst in Aussicht stehenden Lohnbewegung zu reden und den Leidenschaften dabei das entscheidende Wort einzuräumen.

Selbstverständlich ist es, daß nur streng nach dem Statut respektive dem Streikreglement verfahren werden soll. Das ist nicht nur eine Frage der organisatorischen Zweckmäßigkeit, sondern auch eine Frage der Disziplin, die ja ein Haupterfordernis der erfolgreichen Durchführung einer Bewegung ist.

Überall da, wo gegnerische Berufsorganisationen mit einer nennenswerten Mitgliederzahl in Betracht kommen, sollte man auch diese zu den Vorarbeiten mit heranziehen. Das gebietet uns die Gerechtigkeit und die Klugheit. Wir wollen an den Orten, wo wir uns gegenüber den christlichen und Sittlich-Dümmlichen Holzarbeitern in der Minderheit befinden, auch von diesen vor Eintritt in eine Bewegung gefragt werden, also müssen wir in ungleichen Verhältnissen auch den Gegnern befragen. Andererseits verpflichten wir durch Heranziehen der gegnerischen Berufsorganisationen zu den Vorarbeiten diese auch zur Mitarbeit an der Durchführung der Bewegung und Einhaltung der errungenen günstigeren Arbeitsbedingungen.

Bei Durchführung der Bewegungen ist noch darauf zu achten, daß unter den Kollegen strengste Disziplin beobachtet wird und alle leidenschaftlichen Erörterungen aus den Versammlungen fernbleiben. Jede Erregung, die in eine solche Bewegung hineingetragen wird, kann den Erfolg derselben und unter Umständen sogar die Organisation gefährden. Vor allem sollte von den Kollegen auch streng darauf geachtet werden, daß die Bewegung sich in legalen Formen vollzieht. Jede Anrempelung oder Beleidigung der Arbeitswilligen, wie jede Gesetzesübertretung unserer Kollegen wird von den Gegnern sofort gegen die streikende Arbeitererschaft und nicht zuletzt gegen die Organisation ausgebeutet. Deshalb hüte man sich, den Gegnern neue Waffen gegen unsere Bewegung zu liefern.

So hätten wir zu der bevorstehenden Lohnbewegung noch manches zu sagen, wir wollen uns, schon in Rücksicht auf den beschränkten Raum, auf diese wenigen Ausführungen beschränken. Es war uns, wie gesagt, nicht darum zu tun, zu bremsen oder gar den Kollegen die Kampfesfreude zu vergällen, wir wollten zu unserem Teile nur dazu beitragen, die diesjährige Lohnbewegung möglichst erfolgreich zu gestalten. Und gehen unsere Kollegen stets besonnen vor, beobachten sie streng die Bestimmungen des Statuts und üben sie jederzeit Disziplin in den eigenen Reihen, dann werden wir in diesem Jahre eine Lohnbewegung durchführen, an der jeder Kollege eine aufrichtige Freude haben kann.

## Ein Wendepunkt.

Mit Riesenschritten nähert sich die für die deutsche Volkswirtschaft so ersprießliche Ära der Caprivischen Handelsverträge ihrem Ende. Zum Teil sind schon die hohen Schutzmauern gegen uns errichtet, das übrige Ausland wird in wenigen Tagen die mit dem Deutschen Reiche oder besser gesagt gegen Deutschlands Industrie abgeschlossenen Handelsverträge mit ihren zum Teil erheblich gesteigerten Zollsätzen in Kraft treten lassen. An Stelle von Handelsverträgen, die ausdrücklich bezweckten, die Handelsbeziehungen zu fördern, den Austausch zu erleichtern, und damit die Produktion ermunterten, werden nun Hemmnisse in Erscheinung treten, die den Verkehr vermindern, den Unternehmungsgeist einschüchtern, das Kapital vorsichtiger machen, die Produktion einengen, die Arbeitsgelegenheit verringern, die Volkswirtschaft schädigen und die sozialen Beziehungen verbittern werden.

Unvergessen sind noch die schweren Kämpfe, die zu diesem neuen handelspolitischen Zustand geführt haben. Die rastlose, vor keinem Mittel zurückschreckende Agitation der Agrarier, die schmähliche Zerfahrenheit und die Kurzsichtigkeit der Industriellen, die klägliche Haltung der Vertreter des Handels haben dazu geführt, daß Deutschland sich einen autonomen Zolltarif gab, der alle Staaten des europäischen Kontinents zu Gegenmaßnahmen veranlaßte. Hat unser Zolltarif eine Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel, zumeist direkt, zum übrigen Teil indirekt zur Folge, so bedeutet dies nicht bloß eine Erschwerung der Nahrungsmittelzufuhr und eine Verteuerung der Lebenshaltung, sondern auch eine Erschwerung unserer Ausfuhr.

Wenn wir von Großbritannien und Irland absehen und vorerst auch die Schweiz außer Betracht lassen, so geht unser Export hauptsächlich in Wirtschaftsgebiete, aus denen wir Getreide, Wolle, Baumwolle, Fleisch, Häute, Vorsten, Horn, mit einem Worte Waren aus der Urproduktion beziehen. Wir bezogen aus Rußland, Österreich-Ungarn, den Balkanstaaten, Ägypten, Indien, China und anderen asiatischen Gebieten, aus den Vereinigten Staaten von Amerika, der Argentinischen Republik, Chile, Peru, Kanada und weiteren amerikanischen Gebieten, endlich aus Australien ungeheure Massen von Naturprodukten, zum Teil solchen, die wir überhaupt nicht erzeugen können, zum Teil anderen, deren Produktion bei uns wohl stattfindet, die aber zur Erhaltung und Versorgung unserer Bevölkerung nicht ausreicht. Diese Staaten waren sehr wichtige Abnehmer unserer Industrieprodukte; sie bezahlten dieselben in Getreide, Fleisch, Wolle, Baumwolle, Holz, Horn, Vorsten, Haaren, Leder usw. usw., selbst die hochindustrielle Schweiz bezahlte unsere Industrieprodukte zu einem erheblichen Bruchteil mit Naturprodukten, so mit Käse, kondensierter Milch und Zuchtvieh. Es war ganz natürlich, daß diejenigen Staaten, die auf Grund der geplanten deutschen Handelspolitik nur sehr verminderte Aussichten hatten, ihre Waren nach Deutschland verkaufen zu können, bemüht waren, ihren Bedarf an Industrieprodukten künftig nicht weiter durch den deutschen Gewerbeleiß, sondern durch den anderer Länder decken zu lassen. Hier zeigt sich die Kurzsichtigkeit unserer Handelspolitik. Trotz aller Erfolge unserer Volkswirtschaft hat Deutschland kaum auf einem Gebiete, wenn man etwa von der Kaliproduktion abieht, ein natürliches oder künstliches Monopol auf irgend welche Produkte. Ist England, früher die Fabrik der Welt, die Versorgung aller Länder mit Industrieprodukten, infolge der allgemeinen Entwicklung der Produktionskräfte aus seiner einzigartigen Stellung entthront worden, so kann das Deutsche Reich noch viel weniger beanspruchen, die in schweren Kämpfen auf dem Weltmarkt erworbene Machtstellung unter einer durchaus veränderten Handelspolitik aufrecht zu erhalten.

Eine der hervorragendsten deutschen Industrien ist die Elektrizitätsindustrie. Wir haben auf diesem Gebiete alle anderen Länder überflügelt. Aber damit ist nicht gesagt, daß die deutsche Elektrizitätsindustrie ein Monopol auf die Versorgung ihrer bisherigen Absatzgebiete mit ihren Produkten hat. In der Schweiz, in Italien, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Österreich und Ungarn haben wir große elektrotechnische Betriebe entstehen gesehen. Zum Teil wirkte dabei auch deutsches Kapital mit, das damit bewies, daß es sich viel besser auf die Folgen der neuen Zollpolitik einzurichten vermag als die Arbeiterklasse. Die großen deutschen Elektrizitätsfirmen haben Fabriken errichtet oder die Voraussetzungen für deren Schaffung gesichert in England, Rußland, Frankreich, Italien, Spanien usw. usw. Die Abnehmer elektrischer Maschinen und anderer Fabrikate der Elektrotechnik werden somit zum Teil sofort, zum Teil nach wenigen Jahren auf die Produkte der deutschen Fabriken verzichten können. Gilt dies nun schon für die Industrie, in der Deutsch-

land den allergrößten Vorsprung gewonnen hat, so wird dies in noch viel höherem Maße für andere Industriezweige gelten. Unsere Eisenindustrie und Eisenverarbeitung, der Lokomotiv-, Werkzeugmaschinen- und Dampfmaschinenbau, die Waggonanstalten, die Schienenwerke und fast alle anderen Eisen weiter verarbeitenden Industrien werden mit schwerem Wettbewerb zu kämpfen haben. Wir werden mit unseren Wagherschwerungen die Produktion von Lokomotiven, Maschinen aller Art usw. in allen Ländern fördern und insbesondere die Ausführbarkeit amerikanischer Eisens und seiner Produkte in meist nicht geahnter Weise befördern. Mit ähnlichen Erfahrungen werden fast alle Industrien zu rechnen haben, die nicht unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen zu produzieren Gelegenheit haben. Sicherlich sind so manche deutsche Industriezweige, so wohl auch die Möbelindustrie, technisch und organisatorisch, zum Teil auch kunstgewerblich der ausländischen Produktion in hohem Maße überlegen, so daß sie trotz der erschwerten Handelsbeziehungen ihren Export eine Zeitlang auf der Höhe werden erhalten können. Aber man muß mit der Tatsache rechnen, daß das Ausland sich der gleichen Produktionsvorteile bemächtigen und dann infolge billigeren Rohmaterials, Ersparnis von Fracht-, Versicherungs- und Zolllasten im eigenen Lande und auf dem Weltmarkt uns niederkonkurrieren wird. Wir sehen andererseits das deutsche Kapital bemüht, in Österreich, Ungarn, der Schweiz, Frankreich, ja selbst in England und den Vereinigten Staaten Filialen ihrer deutschen Fabriken zu errichten und damit sich in bezug auf den Export ganz oder zum Teil der deutschen Zollgesetzgebung zu entziehen.

So gehen bald zwei Besürchtungen in Erfüllung, die von den Vertretern der Arbeiterklasse gleich bei den ersten Schritten zu der neuen Hochschutzzollpolitik vorausgesagt wurden: Verminderung der Arbeitsgelegenheit wegen Verringerung des Exportes und verminderter Kaufkraft der deutschen Arbeitnehmer und Verteuerung der Lebenshaltung infolge der gewaltig gesteigerten Zollsätze für Getreide, Fleisch usw. (Schluß folgt.)

### Zur Lage im Drechslergewerbe.

#### 3. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter.

Mit der Entwicklung der Produktion im Drechslergewerbe haben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Drechsler nicht gleichen Schritt gehalten. Jede neue arbeit- und zeitsparende Maschine, die jeder neue Fortschritt in der Herstellungstechnik, die doch der Erleichterung der gesamten Produktion dienen und die Kosten derselben wesentlich verbilligen, sollten auch den Arbeitern einen Gewinn bringen. Aber nicht nur, daß durch die Einführung von Kraftbetrieb und den verschiedensten Spezialmaschinen in den einzelnen Betrieben eine wesentliche Reduzierung der Alfordlöhne erfolgte — in früheren Jahren wurde den Drechslern ein Dampfgeld bis zu 8 Mk. pro Woche vom Verdienst abgezogen — nein, durch dieselben Faktoren wird auch eine erheblich intensivere Anstrengung der Arbeitskräfte bedingt, weil das Arbeitsquantum ein bedeutend größeres sein muß, um einen Ausgleich der reduzierten Löhne gegenüber den früheren zu schaffen.

Durch diese Tatsache wird die Behauptung, daß die maschinell-technischen Neuerungen und Verbesserungen zum großen Teil auf Kosten der Arbeiter und deren Gesundheit eingeführt wurden, vollkommen gerechtfertigt. Die allgemeinen wirtschaftlichen Krisen im letzten Jahrzehnt, und insbesondere die Stillmode in der Holzarchitektur ließen den Gedanken an eine Bessergestaltung der Existenzbedingungen und an eine Anteilnahme an den gewaltigen Fortschritten auf dem Gebiet der Technik nie groß laut werden. So ist denn die Tatsache zu verzeichnen, daß in den letzten fünfzehn Jahren die durchschnittlichen Einkommensverhältnisse der Drechslerarbeiter sich fast in gleicher Höhe bewegen, wie nachstehende Tabelle beweist.

Statistikjahr	1890	1892	1893	1897	1903
Durchschn. Wochenl.	Mk. 17,93	16,82	16,77	18,80	19,31

Die geringen Erhöhungen, welche die beiden letzten Statistikjahre aufweisen, können nun und nimmer als ein Ausgleich gegenüber der verteuerten Lebenshaltung bezeichnet werden. Schon allein die Wohnmieten sind in diesen Jahren um 11 Prozent gestiegen, die Löhne bleiben mit einer Steigerung von 10,8 Prozent schon hierin allein zurück. Hierzu kommt noch, daß der gesamte Lebensunterhalt weit teurer gegen früher ist und sich fortgesetzt weiter verteuert, so daß nur von einer Verschlechterung der Existenzverhältnisse gesprochen werden kann.

Dieser minimale Durchschnittsverdienst von 19,31 Mk. wird dazu noch in 32 von 60 der wichtigsten Städte, welche für die Drechsler in Betracht kommen, nicht erreicht; derselbe schwankt vielmehr zwischen 13,80 Mk. und 19,06 Mk. Wie gering muß da der niedrigste Verdienst sein, wenn der durchschnittliche Lohn noch ein trübseliges Dasein ist! Diese Bezeichnung ist etwa nicht nur in einem einzelnen Falle anzuwenden; nein, auch in anderen Städten läßt der durchschnittliche Lohn der Drechsler alles zu wünschen übrig. Denn derselbe beträgt in 6 Städten bis zu 15 Mk., in 5 bis zu 16 Mk., in 7 bis zu 17 Mk., in 8 bis zu 18 Mk., in 3 bis zu 19 Mk. und in 3 bis zu 19,06 Mk. pro Woche. Diese Städte konzentrieren sich hauptsächlich in Gegenden, in welchen vorwiegend die Holzdrechslerei vorherrscht. Der Durchschnittsverdienst der Holzdrechsler würde im allgemeinen auch in den größeren Städten wesentlich niedriger sein, wenn derselbe nicht von den teilweisen höheren Löhnen der verschiedenen anderen Branchen der Drechslerei günstig beeinflusst würde.

Unter allen Holzberufen rangieren die Drechsler bezüglich der Höhe ihres durchschnittlichen Wochenverdienstes an sechster

Stelle. Da dieser geringe Lohn niemals auch nur den geringsten Lebensansprüchen wird genügen können, so ist es auch leicht erklärlich, daß die Frauen von 89,9 Prozent aller verheirateten Drechsler mit zum Lebensunterhalt beitragen müssen. Mit dieser Ziffer rangieren die Drechsler an der zweiten Stelle aller Holzberufe. Wenn der durch die Arbeitslosigkeit und Krankheit der Drechsler bedingte Bohnausfall mit zur Berechnung der durchschnittlichen Einkommensverhältnisse gezogen wäre, so würden letztere hiervon recht ungünstig beeinflusst werden.

Im Statistikjahr 1902 betrug die Arbeitslosigkeit bei 22,4 Prozent der beteiligten Drechsler im Durchschnitt 46,3 Tage, die Krankheitsdauer bei 24,3 Prozent 26,9 Tage. Da diese Durchschnittszahlen sich auf die Drechsler aller Branchen beziehen, läßt sich hieraus kein Schluß auf die diesbezüglichen Verhältnisse in den einzelnen Branchen ziehen, obwohl eine dahingehende Spezialisierung der Branchen schon im Hinblick auf die Konjunkturverhältnisse derselben sehr lehrreich sein und zum Beispiel bei den Holzdrechslern zu ganz anderen Ziffern führen würden als bei den anderen Branchen.

Gerade in der Holzbranche war infolge des modernen Stiles die Geschäftslage eine außerordentlich ungünstige. So waren zum Beispiel in Leipzig noch im Jahre 1903 — wo sich also die infolge des modernen Stiles hervorgerufenen Verhältnisse zum großen Teil schon ausgeglichen hatten — 40 Prozent der Holzdrechsler im Durchschnitt 68 Tage arbeitslos. Auch in anderen Städten dürften diese Zahlen nicht günstiger für die Holzdrechsler sein. Durch diese Verhältnisse wurde ein Überangebot von Arbeitskräften in allen Drechslerbranchen hervorgerufen, wodurch die Klagen der Kollegen über ihre gedrückte Lebenshaltung noch vermehrt wurden, und eine jede Regung zur Bessergestaltung der Existenzbedingungen von vornherein aussichtslos erscheinen mußte. Die immer größer werdende Spezialisierung im Drechslergewerbe, die Heranbildung von Teilarbeitern, wie durch die periodisch immer wiederkehrenden allgemeinen wirtschaftlichen Krisen tragen insgesamt eine Hauptschuld an den mitleidigen Verhältnissen im Drechslergewerbe.

Gar oft ist von Fachmännern die Ansicht ausgesprochen worden, daß durch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit eine Bessergestaltung der Verhältnisse im Drechslergewerbe hervorgerufen werden kann. Teilweise kann man dem nur zustimmen. Dabei ist es aber vor allen Dingen nötig, der Behrungsfrage näher zu treten. Denn solange wie die Heranbildung des Nachwuchses zu Spezial- und Teilarbeitern erfolgt, wird dieser Faktor einen Hinderungsgrund an einer Bessergestaltung der Erwerbsverhältnisse bilden, da diese Arbeiter fast gänzlich wirtschaftlich und moralisch vom Unternehmer abhängig sind.

Weiter machen sich im Drechslergewerbe die schädigenden Erscheinungen der Akkordarbeit in einer diese Produktionsform bezeichnenden Art und Weise bemerkbar. Durch das Akkordsystem und den in der Drechslerei üblichen unterschiedlichen Löhnen ist es hauptsächlich möglich geworden, daß in dieser so engumgrenzten Industrie der Konkurrenzkampf in aller Schärfe zum Austrag kommt, wobei die Arbeiter die Kosten tragen müssen.

Die überwiegend größte Mehrzahl der Drechsler arbeitet im Akkordlohn und wünscht sich auch kein anderes als dieses Lohnsystem. So verschiedenartig die Gründe derselben auch für das Akkordsystem sein mögen, so leicht sind sie auch zu widerlegen. Wenn die allseits so sehnlichst herbeigewünschte Bessergestaltung der Lage im Drechslergewerbe tatsächlich eintreten soll, so mag man vor allem an eine Beseitigung dieses Lohnsystems gehen. Die Einführung eines geregelten Lohnsystems würde unvorstellbar auf das gesamte Gewerbe wirken. Dann werden die Löhne von selbst steigen; die Arbeitslosigkeit würde erheblich eingeschränkt werden und auch alle Ausartungen der heutigen modernen Produktionsform, wie die Heranbildung von Spezial- und Teilarbeitern usw., würden wirksam bekämpft werden können. Die qualitative Leistungsfähigkeit würde alsdann erhöht und somit eine Grundbedingung zur Hebung des Handwerks geschaffen werden.

Aber auch die sonstigen Arbeitsbedingungen im Drechslergewerbe lassen alles zu wünschen übrig. Ist doch die wöchentliche Arbeitszeitdauer gegenüber anderen Gewerben noch eine ziemlich lange. Denn nicht weniger als 59 Prozent der Drechslerarbeiter haben noch die wöchentlich 60stündige Arbeitszeit, 8,4 Prozent eine solche bis zu 72 Stunden pro Woche, während nur 32,6 Prozent weniger wie 60 Stunden pro Woche arbeiten; im Durchschnitt beträgt die Arbeitszeit 58,5 Stunden pro Woche. Zwar ist seit dem Jahre 1893 eine Verkürzung derselben um 4 Stunden pro Woche eingetreten, aber sie steht immer noch im schroffen Widerspruch zu der Anzahl der Arbeitslosen sowie der Zeitdauer der Arbeitslosigkeit. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ist daher ebenso erstrebenswert wie vernunftgemäß.

Aber die wirtschaftlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Drechsler Deutschlands sind seit dem Jahre 1890 fünf statistische Aufnahmen erfolgt. Nie aber hat konstatiert werden können, daß sich diese Verhältnisse besser gestaltet haben. Denn lange Arbeitszeit und niedrige Löhne, die durchaus in keinem Verhältnis zum Werte der Arbeitsleistung und zu dem Unternehmerrgewinn stehen, sind nächst vielen anderen Mißverhältnissen in der Drechslerbranche noch gang und gäbe. Hierzu kommt noch, daß das Gesamtbild über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Drechsler viel düsterer ausfallen würde, hätten sich an den Statistiken auch die am allerschlechtesten entlohnten Kollegen beteiligt.

Es braucht hierbei nur hingewiesen zu werden auf jene oftgenannten Gegenden der Holzindustrie, auf das sächsische

Erzgebirge, den badischen Schwarzwald, das Gröbner Tal Thüringen usw., wo, wie zum Hohn auf diese durch die Natur so überaus reichlich ausgestatteten Länderstriche, die Bewohner ein Leben führen müssen, das kaum verdient, gelebt zu werden. Hunger, Glend, Lebensnot... diese Stala alles menschlicher und gesellschaftlicher Glends spiegelt sich in dem düsteren Kapitel von der traurigen Existenz dieser Kollegen wider.

Diese Verhältnisse zu bekämpfen, ist schon seit Jahrzehnten Aufgabe unserer Organisation gewesen. Die Drechslerarbeiter haben es zur Genüge am eigenen Leibe erfahren müssen, daß aus all der wirtschaftlichen Misere nur eine starke Gewerkschaft helfen wird, der Holzarbeiterverband, der uns günstigere und menschliche Arbeitsverhältnisse verschaffen, der uns schließlich die Mittel bieten wird, uns den vollen Ertrag unserer Hände Arbeit zu sichern.

Die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Beruf legen allen Kollegen die Pflicht auf, für Erringung besserer Existenzbedingungen unausgesetzt tätig zu sein, den Holzarbeiterverband zu stärken und auszubauen. P. K.

### Der Verwaltungsbericht unserer Hamburger Zahlstelle für 1905

zeichnet uns in anschaulicher Weise ein Bild von den gewerkschaftlichen Kämpfen der Gegenwart. Dort an der Wasserfront steht die Arbeiterorganisation fest und einig, und Zersplitterungsversuche offener und verkappter Arbeiter, „Freunde“ haben bisher glücklicherweise keinerlei Anheil anzurichten vermocht. Was das zu bedeuten hat, dafür liefert der Ausgang des letztjährigen Lohnkampfes der Hamburger Möbeltischler den besten Beweis. Nicht etwa, daß mit den dortigen Unternehmern, die unter der Oberaufsicht der ärgsten Schachtmacher und verhassten Reaktionskräfte stehen, eine friedliche Verständigung leichter wäre als anderwärts; im Gegenteil stehen beide Teile wohlgerüstet gegenüber, und wenn die Arbeiterschaft dennoch manchen schönen Sieg errang, so verdankt sie dieses lediglich ihrer eigenen, sich schlossenen, starken Organisation.

Die Bautischler und Bauanschläger vermochten im Verlauf der letzten Jahre ihr Arbeitsverhältnis einigermaßen erträglich zu gestalten, indem zwar nicht mit der Innung, aber mit dem Verein der Bautischlermeister annehmbare Tarifverträge zustande kamen. Allen Quertreibereien der Innungsmacher zum Trost verständigten sich die ersteren von Fall zu Fall mit uns. Das hatte allerdings seine guten Gründe — die Bautischler waren seit jeher stramm organisiert.

Nicht so günstig lagen die Verhältnisse bei den Möbeltischlern. Die Zahl der Nichtorganisierten war in einzelnen Betrieben ziemlich groß, und außerdem werden in dieser Branche vornehmlich die jüngeren und zugereiften Kollegen untergebracht. Demzufolge stand auch der Lohn der Möbeltischler um ein Bedeutendes hinter dem der Bautischler zurück. Seit dem großen Streik des Jahres 1887, welcher den Bautischlern 40 Pf. und den Möbeltischlern 35 Pf. Minimallohn brachte, war das Verhältnis noch immer mehr zugunsten der Möbeltischler verschoben worden, denn im Jahre 1902 hatten die Bautischler 55 Pf. und die Möbeltischler 46 Pf. Durchschnittslohn. Wir begannen nun mit einer kräftigen Agitation und partiellen Streikbewegung die Lage der letzteren zu heben und erzielten bis zum Herbst 1904 einen Durchschnittslohn von 51,7 Pf. In den besseren und größeren Betrieben war eine gewisse Regelung erzielt, und um nun auch die Kleinbetriebe mit vorwärts zu bekommen, mußten wir zur Erstrebung eines Tarifvertrags mit der Innung in Verbindung treten. Auch der neugegründete „Schutzverband“ und die Altonaer Innung wurden mit unserer Eingabe beehrt und nahmen dann auch an den Verhandlungen teil.

Am 6. März trafen wir mit den Herren zusammen, um die Wünsche unserer Kollegen auf Anerkennung eines Mindestlohns von 52 Pf. und den übrigen Lebensforderungen zu begründen. Nach langwierigen Verhandlungen kam eine Einigung zustande, die, obwohl von der Versammlung der Arbeitgeber gutgeheißen, dennoch von deren Führern nicht anerkannt wurde. Bessere glaubten ganz neue Bedingungen in den Vertrag aufnehmen zu können und verweigerten die Unterzeichnung des von ihrer eigenen Versammlung beschlossenen Vertrags, als wir uns auf weitere Bedingungen nicht einlassen wollten. Es kam zur Arbeitseinstellung und im Handumdrehen zur allgemeinen Aussperrung. Aber die Arbeitgebervertreter hatten sich so offenbar ins Unrecht gesetzt, daß in ihren eigenen Reihen die Uneinigkeit sofort ausbrach. Die Aussperrung zeitigte ein glänzendes Resultat ihrer Urheber, und das Resultat war die Anerkennung eines Vertrags, der weit günstigere Bedingungen enthält, als sie anfänglich von uns gefordert wurden.

Da in letzter Zeit Fälle bekannt geworden sind, wo unsere Kollegen die „Komödie der Schlichtungskommissionen“ als ein Gemüts- und einen Nachteil betrachten, wollen wir auf diesen Teil des Berichtes hier etwas näher eingehen. Wenn allerdings die Tätigkeit der Schlichtungskommission eine für uns vorteilhafte sein soll, dann müssen wir dafür sorgen, daß unsere Vertreter auch allen Anforderungen gerecht werden können und sich nicht bei wichtigen Fragen von den Arbeitgebern überholen lassen. In Hamburg-Altona hat die Schlichtungskommission durchaus ihre Aufgabe erfüllt, indem es ihr gelang, Firmen zur Anerkennung der vertraglichen Arbeitsbedingungen zu bewegen, die bis dahin allen Bemühungen unseres Verbandes zum Trost wesentlich schlechtere Löhne zahlten und längere Arbeitszeiten hatten. Und wo die Kommission bei den Arbeitgebern nicht die nötige Gegenliebe fand, da genierte sie sich gar nicht, die Sperre über den betreffenden Betrieb zu verhängen, was allemal zum gewünschten Ziele führte. In einem Falle versuchte ein Krauer, entgegen den Entscheidungen der Schlichtungskommission geringere Löhne zu zahlen, und er wurde dabei von dem früheren Obermeister der Innung kräftig unterstützt. Die Schlichtungskommission beauftragte darauf beim Innungsvorstand die Aussperrung des Innungsarbeiters nach wie vor für den betreffenden Krauer, sowie denselben wegen Nichtachtung des Vertrags in Strafe zu

Zum Verbandstag.

Es war voraussehen, daß die Frage der Beitrags-erhöhung und der Einführung der Krankenunterstützung eine lebhafteste Diskussion im Fachorgan verursachen würde. Tatsächlich liegen bereits eine Reihe von Einsendungen vor und weitere sind zu erwarten. Wir sind weit davon entfernt, die Diskussion beschränken zu wollen, doch wollen wir nicht verfehlen, die Einsender von Zuschriften auf den knappen Raum unseres Blattes aufmerksam zu machen, der zur größtmöglichen Kürze zwingt. Um recht viele Kollegen zum Wort kommen zu lassen, sind wir gezwungen, alles Unwesentliche aus den Zuschriften zu streichen. Wir betonen diese Notwendigkeit von vornherein, um etwaigen Vorwürfen wegen angeblicher „Verstümmelung“ der Berichte zu entgehen.

Mit dem Artikel in Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“, glaube ich, hat der Hauptvorstand das Richtige getroffen, besonders in puncto Krankenunterstützung, ebenso aber auch betreffs allgemeiner Beitragserhöhung auf 40 Pf.

Wer die Lohnkämpfe in den letzten Jahren auch nur einigermaßen verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß es auf die Dauer mit einem so minimalen Beitrag absolut nicht möglich ist, den Anforderungen der Mitglieder an den Verband zu genügen. Jeder einigermaßen aufgeklärte Kollege wird auch gerne bereit sein, dieses geringe Opfer zu bringen, denn die Kämpfe werden nicht ab-, sondern zunehmen, andererseits aber auch immer schärfere Formen annehmen.

Was den Punkt Krankenunterstützung anbetrifft, so bin ich mit noch vielen der Meinung, daß mit einem Beitrag von 50 Pf. eine Unterstützung, wie sie im Krankheitsfall sein muß, nicht gewährt werden kann. Wir wollen doch durch die Einführung dieses Unterstützungszweigs die Hilfskasse ersparen. Schreibt doch selbst der Vorstand, daß die Verhältnisse auf dem Gebiet der Krankenversicherung keine idealen sind und dies die Existenz der Schwindelkassen beweise, ergo haben wir alle Ursache, in unserem Verband nicht etwa Rücksicht, sondern ganze Arbeit zu machen. Deshalb möchte ich vorschlagen, einen Wochenbeitrag von insgesamt 70 Pf. zu erheben bei einem Krankengeldzuschuß von 10 Mk. pro Woche, vom zweiten Tage der Krankheit an gerechnet, und zwar bei einer Mitgliedschaftsdauer von mindestens 26 Wochen bis zu 52 Wochen auf die Dauer von 18 Wochen, bei 52 Wochen und länger auf die Dauer von 26 Wochen. Selbstverständlich müssen für diese Zeit Beiträge entrichtet sein. Zieht ein Mitglied 18 respektive 26 Wochen innerhalb zwölf Monate seine volle Unterstützung, so kann an ihn keine Unterstützung erst dann wieder gewährt werden, wenn wieder 52 Beiträge gezahlt sind. Diese Beitragserhöhung tritt am 1. Juli d. J. in Kraft, der Bezug von Unterstützung am 1. Januar 1907.

Um diese Unterstützung mit dem Beitrag in Einklang zu bringen, will ich einige Zahlen anführen, worauf ich meine Berechnung aufgebaut habe. Nach unserer Statistik vom Jahre 1902 haben wir einen Durchschnitt von 24,8 Prozent Kranke mit 27,6 Tage Erwerbslosigkeit. Nun darf aber nicht vergessen werden, daß gerade das Jahr 1902 das schlechteste war in bezug auf Krankheit; aber dennoch habe ich diesen Prozentsatz nach oben abgerundet (also 25 Prozent = 28 Tage) in Anrechnung gebracht. Es wären also bei 120 000 Mitglieder 31 500 je 28 Tage krank. Ein Tag käme als Karenztag von der Unterstützung in Abzug, wären also 27 Tage. An Wochenbeiträgen gingen ebenfalls 31 500 x 4 = 126 000 à 80 Pf. verloren, denn bei Krankheit wollen wir doch von den Beiträgen befreit sein wie bisher. Es wäre also bei einer Mitgliederzahl von 126 000 mal 48 Beiträge und nochmals ein Abzug von 31 500 mal 4 Beiträge von kranken Mitgliedern eine Einnahme von 5 922 000 Beiträgen für Verbandskrankenunterstützung mal 30 Pf. gleich 1 776 600 Mk. Dieser Einnahme stände eine Ausgabe für 31 500 Mitglieder mal 27 Tage à 1,67 Mk. gleich 1 440 450 Mk. gegenüber. Es bliebe also noch eine Summe von 336 150 Mk. übrig. Nehme man hiervon zehn Prozent für Verwaltungskosten und Anteil der Lokalkassen, so wäre immer noch eine schöne Summe für einen Reservefonds übrig. Um die Rechnung den Kollegen aber ganz einfach und leicht verständlich zu machen, so rechne man 100 Prozent oder die gesamten Kollegen gleich 7 Tage krank, macht 47 Beiträge à 30 Pf. gleich 14,10 Mk., für 7 Tage Krankengeld 11,67 Mk., blieben also 2,43 Mk. pro Mitglied und Jahr übrig. Diese Summe würde ja etwas niedriger wie oben, weil ich hier 28 Tage als Unterstützung berechnet habe. Nun kann ja der Fall eintreten, daß durch Streit etwas weniger Beiträge gezahlt werden, als ich angenommen habe; aber dieses kann im ganzen nicht viel ändern — unser Verband ist imstande, bei 30 Pf. Beitrag eine Unterstützung von 10 Mk. pro Woche gewähren zu können.

Wollen wir nun durch die Einführung einer Krankengeldzuschußkasse die Hilfskasse ersparen, so müssen wir den angegebenen Beitrag zahlen, wollen wir eine geringere Unterstützung zahlen, so sind wir gezwungen, der Hilfskasse weiter anzugehen, und dieses halte ich im Interesse unserer Mitglieder nicht für angebracht, andererseits sind aber auch die Lebensmittel- und Mietpreise so hoch, daß wir diesen Unterstützungssatz unbedingt haben müssen, wollen wir uns und unsere Familie vor äußerster Not schützen.

Wenn mir nun entgegengehalten wird, daß bei deren Einführung allerlei Elemente eintreten würden (es war dies ja bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ebenfalls behauptet worden, was nicht der Fall war), so übersteigt nach meiner Schätzung die Zahl der Neueintretenden diese Zahl so hoch, daß sie gar nicht in die Waagschale fallen kann. Es ist auch eine viel schärfere Kontrolle der Kollegen unter sich schon vorhanden, so daß sich nicht jeder bei der Arbeitslosigkeit krank melden kann, wie es eben heute leider zum Teil der Fall ist.

Dann kommt noch eine Frage, und zwar werden die Kollegen der kleinen Zahlstellen sagen, ja einen so hohen Beitrag können wir nicht bezahlen. Ja, Kollegen, in der Zeit, wo man gesund ist und Arbeit hat, behaupte ich, kann jeder bezahlen, wenn er will, und in der Zeit der Krankheit können gerade die Kollegen der kleinen Zahlstellen die 10 Mk. am allerbesten brauchen, zumal die Gemeindefassen, die dort noch vorherrschend sind, zum größten Teil noch unter 1 Mk. pro Tag bezahlen.

Wer wollte also behaupten, daß dieses unmöglich wäre?

Ferner kommt noch in Betracht, daß viele ledige Mitglieder sagen werden, ja für uns hat eine Krankenunterstützung keinen Wert, wir werden nicht so leicht krank und wir kommen mit den paar Mark von der Ortstafel gut aus. Darauf kann ich erwidern, daß ich durch meine Erfahrung gelernt habe, daß gerade die Junggesellen in den allermeisten Fällen viel weniger haben bei Krankheit und am allerersten an den Verband herantreten um Unterstützung. Aber noch eins, wenn die Kollegen durch die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung gezwungen sind, wochen-, ja monatelang auf der Landstraße zu liegen, infolgedessen oft krank werden, ins Hospital kommen, dann bei ihrer Entlassung vollständig mittellos dastehen, da ist es jedenfalls gerade am allernotwendigsten, wenn die Kollegen einige Mark Unterstützung erhalten, um wenigstens nicht dem Elend ganz preisgegeben zu sein. Auch fällt damit der Vorwurf hinweg, daß der eine sagt, er bezahle für die Ledigen, und der andere für die Verheirateten. Vor allen Dingen dürfen wir nie den Grundsatz vergessen: „Einer für alle und alle für einen.“ Darum hoch die Solidarität, und arbeitet immer vorwärts im Interesse des Verbandes und uns selbst.

H. Schmid-Cöln a. Rh.

Die vom Vorstand aufgeworfene Frage, ob der Beitrag um 5 Pf. erhöht werden soll, um eine Beschränkung der Lohnbewegungen vermeiden zu können, wird wohl allgemein dahin beantwortet werden, daß wegen einer solchen Bagatelle der Fortschritt des Verbandes nicht gehemmt werden darf. Dagegen ist die Frage der Einführung der Krankenunterstützung näherer Betrachtung wert. Die Krankenunterstützung durch den Verband ist nämlich und notwendig, doch wird für einen Beitrag von 10 Pf. nicht viel geleistet werden können. Durch die Krankenunterstützung muß die freie Hilfskasse ersetzt werden, deshalb sollte die Unterstützung, welche der Verband gewährt, mindestens so hoch sein als die der Hilfskassen. Dementsprechend muß auch der Beitrag bemessen werden, und schlage ich deshalb vor, denselben auf 65 Pf. zu erhöhen. Die Krankenunterstützung soll nach halbjähriger Karenzzeit vom Beginn der Krankheit auf die Dauer von 26 Wochen in Höhe von 10,50 Mk. wöchentlich gewährt werden. Ausgesteuerte sollen erst nach Ablauf eines Jahres wieder unterstützt werden können. Als Grundlage für meine Berechnungen habe ich die statistischen Erhebungen unseres Verbandes in den Jahren 1897 und 1902 genommen, aus welchen hervorgeht, daß jede vierte Person durchschnittlich 28 Tage im Jahre krank ist. Bei 10,50 Mk. wöchentlicher Unterstützung käme auf die ganze Krankheitsdauer von 28 Tagen = 4 Wochen 42 Mk. Gesamtunterstützung. Vier gesunde Kollegen müssen an Beiträgen so viel aufbringen, als zur Unterstützung des einen, der krank wurde, erforderlich ist. Von dem Beitrag von 65 Pf. wöchentlich sollen 25 Pf. der Krankenunterstützung dienen. Nimmt man an, daß durchschnittlich jedes Mitglied im Jahre 46 Beiträge zahlt, dann ergibt das 46 x 25 x 4 = 46 Mk. Zur Unterstützung des einen Kranken sind aber nur 42 Mk. erforderlich, es bleiben demnach noch 4 Mk. übrig, wovon ein Teil für die höheren Verwaltungskosten verwendet werden kann, welche bei der Einführung der Krankenunterstützung notwendig sind. Bei der Einführung einer guten Krankenunterstützung werden dem Verband viele neue Mitglieder beitreten, die auch unsere Position im Lohnkampf stärken. Darum kein laßes Bögen, sondern vorwärts!

A. B.-Cöln = Ehrenfeld.

Es ist zu bedauern, daß der Vorstand große Neigung bekundet, aus unserer Kampforganisation einen Unterstützungsverband zu machen. Der Vorschlag des Vorstandes, unsere Lohnbewegungen zu diskutieren, ist berechtigt, denn es läßt sich nicht leugnen, daß die Ausdehnung der Lohnbewegungen einen Fortschritt für die Organisation bedeutet; wir wissen auch, daß uns noch große Kämpfe bevorstehen, wozu gut gefüllte Kassen erforderlich sind. — Die Arbeitslosenunterstützung hat so bedeutende Anforderungen an die Kassen gestellt, daß der für diesen Zweck bestimmte Teil des Beitrags nicht ausreichte, und auch der Reservefonds in Anspruch genommen werden mußte. Ebenso wird es auch mit der Krankenunterstützung gehen, wenn diese eingeführt werden sollte, denn die hohe Krankenziffer der Holzarbeiter ist bekannt. Die Kollegen in den kleinen Orten, die mit ihrer langen Arbeitszeit und niedrigen Löhnen auf die Arbeitsbedingungen in den benachbarten Städten einen nachteiligen Einfluß ausüben, sind schwer für die Organisation zu gewinnen. Das liegt zum großen Teil an der Höhe des Beitrags. Wird dieser erhöht, dann wächst gleichzeitig die Schwere der Agitation. Ich empfehle deshalb, von der Einführung der Krankenunterstützung abzusehen und die Beiträge so zu bemessen, daß Mitglieder mit weniger als 3 Mk. Tagesverdienst 35 Pf., solche mit 3 bis 4 Mk. 40 Pf. und höher entlohnte Mitglieder 50 Pf. Beitrag zahlen. Die Rechte sollen für alle Mitglieder gleich sein. Dadurch könnten diejenigen, welche durch die Organisation Vorteile erlangen haben, ihr soziales Pflichtgefühl beweisen. Sie können zur Füllung der Verbandskasse beitragen und damit den schlechter gestellten Kollegen die Möglichkeit geben, ihre Lage zu verbessern. Wer für Krankenunterstützung schwärmt, der kann der Hamburger Tischlerkassette beitreten, denn dieser würde durch die Einführung der Krankenunterstützung im Verband eine schwere Konkurrenz bereiten. Auch aus diesem Grunde bin ich gegen die Einführung der Krankenunterstützung.

J. F.-Weylar.

Als im Jahre 1902 die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen und der Beitrag auf 35 Pf. festgesetzt wurde, da war es für jeden Einsichtigen klar, daß es dabei auf die Dauer nicht bleiben würde. In der Voraussicht, daß der Umfang unserer Lohnbewegungen eine bedeutende Steigerung erfahren würde, stimmten schon damals viele Kollegen für einen höheren Beitrag. Die Behauptung, daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung dem Verband der Kampfcharakter genommen werde, ist inzwischen durch die Tatsachen aufs gründlichste widerlegt worden, und die Mitgliederzahl ist seit Einführung des erhöhten Beitrags um 66 Prozent gestiegen. Es wird gewiß niemand der Meinung sein, daß unsere Lohnbewegungen eingeschränkt werden sollen, im Gegenteil wird man allgemein wünschen, daß in dieser Beziehung möglichst noch mehr geschehe. Die

nehmen. Der Innungsvorstand nahm diese Anträge an, und wir sperren außerdem den Betrieb. Ferner wurde das Gewerbegericht zur Entscheidung der Frage angerufen, ob die Innungsmeister gesetzlich zur Zahlung des Vertragslohns verpflichtet seien. Das Gericht entschied, daß der Vertragslohn in allen Fällen gezahlt werden müsse, in denen nicht ausdrücklich ein geringerer Lohn vereinbart sei.

In einem anderen Falle kam es wegen der Auslegung des Vertrags zum Streite, in dessen Verlauf der betreffende Geselle seine Entlassung bekam. Die Schlichtungskommission beschloß, daß derselbe unter Fortzahlung des Lohnes für die nichtgearbeitete Zeit wieder einzustellen sei.

Allerdings sind auch Fälle vorgekommen, daß die Schlichtungskommission entgegen den Ansichten und Wünschen unserer Kollegen entschied. Sie nahm zur Grundlage ihrer Entscheidungen eben den Vertrag und war bemüht, denselben objektiv und loyal ausulegen, und mehr kann man nicht verlangen, wenn anders überhaupt noch ein Vertragsverhältnis von Bestand sein soll.

Die Parkettleger hatten mit ihren Unternehmern ebenfalls Besprechungen eingeleitet zwecks Schaffung eines spezialisierten Tarifs; jedoch kam es auch hier zum Streit, welcher aber durch das Eintreffen mehrerer Arbeitswilliger vereitelt wurde. Es waren das folgende: Heese und Ritter aus Dresden, Virkgit und Jensch aus Leipzig, Miesch und Krüger aus Berlin, Heede-gardt, Koch, Schmidt und Sperling aus Frankfurt a. M., Borkeloh aus Wiesbaden und Lönies, Reuter und Tillmann aus Hamburg. Wir waren deshalb gezwungen, die Sperre aufzuheben, worauf durch Vergleichsverhandlungen der von uns gewünschte Tarif dennoch anerkannt wurde. Nach Aufnahme der Arbeit seitens unserer Kollegen haben die Herren Arbeitswilligen das Feld bald räumen müssen.

Die Instrumentenbranche trat ebenfalls dem Vertrag bei, was für unsere Kollegen sehr bedeutende Vorteile im Gefolge hatte. Einige Fabrikanten sträubten sich zwar recht heftig dagegen, doch mußte die Schlichtungskommission auch diese umgünstigen.

Besondere Erwähnung verdient der mehrwöchige Kampf der Stockdrechler um Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Nur eine Firma zeigte sich entgegenkommend; die übrigen begaben sich unter die Fuchtel des Arbeitgeberverbandes und erreichten damit, was wir ihnen von vornherein prophezeiten, nämlich: sie bewilligten unsere Forderungen, als sie gewahrt wurden, welche gewaltigen Nachteile ihnen durch die Austragung dieses „Prinzipienkampfes“ — um mit Herrn v. Reizwitz zu reden — erwachsen waren.

Die Stellmacher führten einen längeren hartnäckigen Kampf mit der Straßeneisenbahngesellschaft wegen einer Lohnerhöhung von 40 auf 45 Pf. Durch auswärtige Arbeitswillige ging der Streit verloren.

Die Korbmacher hatten neben mehreren kleineren Differenzen einen Kampf um Erhöhung ihres Tarifs für Rohr- und grüne Arbeit zu führen, welcher nach eintägiger Dauer gewonnen war.

Das Versammlungsjahr zeigte im Berichtsjahr ein lebhaftes Interesse der Kollegen. Über das Einlassierewesen wurden scharfe Diskussionen geführt, jedoch bleibt für Hamburg das System der wöchentlichen Hausstaffierung und Zeitungskolportage bestehen.

Auf die Notwendigkeit des Anschlusses unserer Mitglieder an die politischen Organisationen und das Halten der Arbeiterpresse ist wiederholt hingewiesen worden.

Die Gründung einer Innungskrankenkasse war seit langem das Ideal unserer Zopfmeister, um dadurch ein wirksames Kontrollbureau zu bekommen. Das veranlaßt uns, diese Pläne auf das energischste zu bekämpfen. Wiederholt haben wir den Innungsmitgliedern die Verfehrtheit einer solchen Gründung vor Augen geführt, und auch der Gesellenanschluß hat redlich bei der Ausarbeitung des Statuts „mitgewirkt“, so daß die Väter des Gedankens zuletzt resigniert den Kampfplatz verließen. Während der Vertragsdauer haben wir vor der Innungskasse Ruhe.

Bibliotheken werden von uns zwei unterhalten. In Hamburg wurden 648 und in Altona 454 Bücher ausgeliehen.

Der Arbeitsnachweis weist 2507 Arbeitsangebote auf gegen 812 im Vorjahr. Vermittelt wurden insgesamt 1780 Stellen.

Mit dem Zusammenschluß der früheren Zahlstelle Altona mit Hamburg sind die gegenseitigen Erwartungen vollkommen gerechtfertigt worden. Die größere Einheitlichkeit und die besseren kollegialen und organisatorischen Beziehungen haben die Aktionsfähigkeit nach jeder Seite hin erhöht.

Der Mitgliederstand ist von 5325 auf 6466, also um 1141 gestiegen.

Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 76 088,87 Mk., welcher 79 676,41 Mk. Ausgaben gegenüberstehen. Der Kassenbestand hat sich also um 3607,54 Mk. vermindert. Unter den Ausgaben finden wir:

Table with 2 columns: Category and Amount. Categories include Arbeitslosenunterstützung, Streikunterstützung, Sonstige Unterstützungen u. Darlehen, Agitation, Verwaltungskosten persönlich, Branchenkongresse, Sonstiges. Total: 79 656,41 Mk.

Die Ortsverwaltung weist zum Schlusse darauf hin, daß der Bericht nur in knappen Zügen ein Bild von der umfangreichen Tätigkeit der Ortsverwaltung und aller übrigen Verbandsfunktionäre entwirft. Es war eine Fülle von Kleinarbeit zu verrichten und es sind zahlreiche kleine und große Kämpfe geführt worden. Sind wir auch nicht immer Sieger geblieben, so bleibt das Fazit doch, daß wir mit dem Ergebnis des Jahres 1905 nicht unzufrieden zu sein brauchen.

Verbandskasse muß daher so fundiert werden, daß sie auch größeren Anforderungen gerecht werden kann. Ich hoffe, daß die Kollegen allerorts es freudig begrüßen werden, daß der Vorstand in dem Bestreben, das Ansehen des Verbandes zu fördern, den Mitgliedern Gelegenheit zur Diskussion bietet, indem er den Antrag unterbreitet. Gegen die Einführung der Krankenunterstützung wird wohl der Einwand erhoben werden, daß der Verband keine Unterstützungs- oder Versicherungsanstalt sein soll. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß der Verband nicht lediglich Kampforganisation sein soll, sondern daß er bestrebt sein muß, die Mitglieder wenigstens einigermaßen gegen die Folgen unserer wirtschaftlichen Einrichtungen zu schützen durch den Ausbau der Unterstützungsanstalten. Die Frage der Krankenunterstützung würde, selbst wenn sie jetzt abgelehnt werden sollte, nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, deshalb empfehle ich, den Antrag des Vorstandes anzunehmen und die Krankenunterstützung einzuführen, bei einer Erhöhung des Beitrags auf 50 Pf.

**Soziales.**

**Die Löhne müssen hinauf.**

In der „Wirtschaftlichen Wochenschau“ schreibt Richard Calmer: In der Presse werden gegenwärtig die Gefahren der Wirtschaftskrise für die gute gewerbliche Konjunktur im deutschen Wirtschaftsleben bedroht. Da befürchtet man von den neuen Handelsverträgen eine Beeinträchtigung des Warenverkehrs mit dem Ausland, dort erwartet man am amerikanischen Eisenmarkt einen Krach, dessen Folgen auch den Geschäftsgang in Deutschland lähmen müßten. Andere Beobachter halten die Lage des Geldmarktes für kritisch und besorgen von dorthin Gefahren für das gegenwärtige Tempo der Warenerzeugung. Man muß zugeben, daß alle diese Sorgen berechtigt sind, aber man vermisst bei allen diesen Erörterungen, daß auf die schlimmste Gefahr, die der gegenwärtigen Konjunktur droht, gar nicht aufmerksam gemacht wird. Wenn der gewerbliche Beschäftigungsgrad in seiner gegenwärtigen Intensität andauern soll, dann ist es vor allem anderem nötig, dafür Sorge zu tragen, daß der steigenden Produktion auch der Konsum folgen kann. Denn sobald zwischen Warenerzeugung und Verbrauch ein Mißverhältnis in der Weise entsteht, daß größere Warenmengen nicht abgesetzt werden und in den Konsum übergehen können, dann muß eine Stöckung eintreten, die zum gewerblichen Niedergang führt. Der Verbrauch kann aber nur zunehmen, wenn die Konsumenten über steigende Geldmittel verfügen, das heißt kaufkräftiger gemacht werden. Die Konsumenten zerfallen nun in zwei Klassen: in die mehr oder minder begüterten und in die Massen derer, die von der Hand in den Mund leben. In der letzteren Kategorie ist die Arbeiterbevölkerung ausschlaggebend. Die Bewegung des Konsums der begüterten Kreise zeigt eine gewisse Gleichmäßigkeit: in guten und schlechten Jahren ist namentlich der persönliche Konsum ziemlich gleich groß, mögen die Warenpreise hoch oder niedrig sein. Diesem mehr beharrlichen Konsum steht der je nach der Konjunktur stark wechselnde Verbrauch der Arbeiterbevölkerung gegenüber. Der Arbeiter, der in schlechten Jahren weniger verdient, muß seinen Verbrauch einschränken. Steigt dann in guten Jahren wieder der Verdienst, so gibt er entsprechend mehr für Waren aus. Wenn es nun Tatsache ist, daß im letzten Jahre die Warenpreise, vor allem auch die für Lebensmittel, ganz ungewöhnlich gestiegen sind, wenn andererseits das Tempo der Warenerzeugung im laufenden Jahre noch lebhafter ist als 1905, so entsteht die Frage: Sind die Konsumenten der zweiten Kategorie bei ihrem jetzigen Einkommen kaufkräftig genug, um die steigenden Warenmengen in ihren Konsum überzuführen. Solange der steigenden Erzeugung ein gleich rasches Anwachsen des Konsums zur Seite steht, so lange sind die Gefahren, die dem Wirtschaftsleben sonst woher drohen, nicht so schlimm, wie es vielfach dargestellt wird. Läßt aber bei steigender Erzeugung die Kaufkraft nach, so ist das nach, dann helfen alle anderen wirtlichen Ausflüchte nicht, die Kaufkraft muß ungenügend werden. Das Jahr 1906 muß nun in dieser Beziehung die Entscheidung bringen. Wenn es gelingt, dem steigenden Niveau der Warenpreise entsprechend die Löhne und damit das Einkommen der Arbeiterbevölkerung so hinaufzubringen, daß dadurch nicht nur die Warenpreiserhöhung ausgeglichen wird, sondern daß darüber hinaus noch reichliche Mittel zur Konsumsteigerung übrig bleiben, dann ist die Fortdauer der günstigen Konjunktur in der Hauptsache gesichert. Um welche Summen es sich bei der Arbeiterbevölkerung handelt, das mögen folgende approximative Ziffern zeigen. Das Niveau der Warenpreise ist im Jahre 1905 um mindestens zirka 10 Prozent in die Höhe gegangen. Nehmen wir nun das Lohnneinkommen der gewerblichen Arbeiterbevölkerung für das Jahr 1905 auf rund 8 Milliarden Mark an, so müßten die Arbeiter im vorigen Jahre eine Lohnsteigerung von 800 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt haben, sollten sie gleich viel und gleich gut konsumieren können wie 1904. Diese Steigerung würde aber natürlich nicht genügen, da sie nur ausreicht, um die Warenpreiserhöhung auszugleichen. Erst was die Arbeiterbevölkerung über 800 Millionen Mark hinaus verdient, konnte zu einer wirklichen Steigerung des Konsums verwandt werden. Da nun zweifellos die Warenerzeugung sehr stark zunimmt, die Arbeiter aber ihre Lohnzunahmen im Jahre 1905 kaum in einem Mehrkonsum umsetzen konnten, da die Kaufkraft des Geldes stark zurückging, so muß im Jahre 1906, und zwar möglichst bald darauf hingewirkt werden, daß die Löhne eine der steigenden Warenerzeugung entsprechende Erhöhung erfahren. Die Arbeiterorganisationen erweisen nicht nur den Arbeitern, sondern der gesamten deutschen Volkswirtschaft einen Dienst, wenn sie systematisch die Erhöhung des Preises für die Ware Arbeitskraft anstreben. Selbstverständlich liegen die Verhältnisse in den einzelnen Gewerben und an den einzelnen Orten sehr verschieden, so daß man unumgänglich eine einheitliche Parole für den Grad dieser Aufbesserung geben kann. Aber überall auf dem deutschen Arbeitsmarkt muß in der nämlichen Richtung dahin gewirkt werden, daß das Lohnneinkommen der Arbeiterbevölkerung nicht nur gemäß den Erhöhungen am Warenmarkt, sondern darüber hinaus steigt. Gelingt es nicht, die Kaufkraft des inneren Marktes durch diese Lohnpolitik wesentlich aufzubessern, dann tritt notwendigerweise der zweite Fall ein: auf dem

Weltmarkt wächst von Monat zu Monat das Angebot, während die Nachfrage eine Abnahme erfährt, oder was bei der steigenden Warenerzeugung das gleiche ist, stabil bleibt respektive zu langsam in die Höhe geht. Es tritt das Stadium der sogenannten Überproduktion ein, die den gewerblichen Niedergang zur unmittelbaren Folge hat. Der Zusammenhang zwischen dem Grade der gewerblichen Konjunktur und den Einkommensverhältnissen ist in den Kreisen der Arbeitgeber noch viel zu wenig erkannt. Wäre er erst erkannt und anerkannt, dann würde man an der jetzigen so überaus kurzfristigen Lohnpolitik nicht mehr festhalten können. Jede Warenpreiserhöhung läßt man sich eher gefallen als einen Lohnstreik, die in sehr vielen Fällen erst durch verlustbringende Streiks zu erkämpfen ist. Leider ist nicht anzunehmen, daß es im laufenden Jahre den Arbeitern leichter gemacht würde, ihre Lohnverhältnisse zu verbessern. Sie werden wieder in zahlreichen Fällen auf den schroffen Widerstand der Arbeitgeber stoßen, obwohl schließlich die Erhöhung des Arbeitereinkommens auf den Geschäftsgang in Gewerbe und Industrie in einer für den Arbeitgeber nur vorteilhaften Weise zurückwirkt.

Die Heimarbeitersammlung wird am 28. Februar endgültig geschlossen. Der von verschiedenen Seiten gedrückte Wunsch, die Ausstellung auch nach anderen Städten wandern zu lassen, mußte vom leitenden Ausschuss abgelehnt werden. Für diesen Beschluß war vor allem der Umstand maßgebend, daß viele der ausgestellten Gegenstände ein wiederholtes Ein- und Auspacken nicht vertragen würden; daher haben auch mehrere Organisationen ihre Zustimmung zum Versand der ihnen gehörigen Gegenstände nicht gegeben.

Bei der Reichstagswahl in Chemnitz wurde an Stelle des Genossen Schippel, der sein Mandat niedergelegt hatte, unser Kollege Gustav Rostke gewählt, welcher zurzeit Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“ ist. Als gelernter Korbmacher ist Rostke Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes, für den er an verschiedenen Orten eifrig agitiert hat. Einige Jahre war er Gauvorsteher in Königsberg und bis vor kurzem Mitglied des Gauvorstandes in Chemnitz.

**Verbandsnachrichten.**

**Bekanntmachungen des Vorstandes.**

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. Februar: Neuzelle 5 Pf.; ab 1. März: Rattowitz und Wismar 10 Pf.; Rastenburg 5 Pf.

Alle Anträge zum Verbandstag bitten wir je für sich auf einem besonderen Blatt Papier einzureichen. Als Endtermin für die Einsendung ist der 19. März festgesetzt und ersuchen wir, diesen Termin einzuhalten, damit die Anträge rechtzeitig von uns veröffentlicht und alsdann von allen Zahlstellen beraten werden können.

Die „Verhandlungen der Bürsten- und Pinselmacherkonferenz in Nürnberg“ sind gedruckt. — Die Broschüre ist zur Gratisverteilung unter den Kollegen dieser Branche bestimmt, und ersuchen wir die Lokalverwaltungen, Bestellungen umgehend an uns einzusenden.

Zur Agitation in den Städten an der holländischen Grenze haben wir ein Flugblatt „Wat organisatie vermag!“ in holländischer Sprache herausgegeben. Der Versand wird durch den Gauvorsteher in Elberfeld besorgt. Bestellungen bitten wir deshalb an Aug. Hartung, Schusterstraße 38, in Elberfeld zu richten.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 163282 F. Heinert, Polierer, geb. 28. 11. 78 zu Schweifershain. 235638 Friedrich Heil, Tischler, geb. 14. 5. 71 zu Dürthelm. 258859 Heinrich Reibe, Schreiner, geb. 19. 5. 80 zu Cassel. Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

**Bekanntmachungen der Gauvorstände.**

**Vorort Nürnberg.** Auf Wunsch mehrerer Zahlstellen hat die Gauverwaltung in der Sitzung vom 15. d. M. beschlossen, daß der Gautag am Samstag den 3. März, abends 8 Uhr, in Ansbach „Zur Phantasia“, Cyberstraße, eröffnet wird.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Gauverwaltung. 2. Taktik bei Lohnbewegungen. 3. Die Aufgaben des nächsten Verbandstages. 4. Anträge zum Verbandstag. 5. Anträge zum Gautag und Verschiedenes.

Die Delegierten wollen so rechtzeitig eintreffen, daß pünktlich begonnen werden kann, um Sonntagabend fertig zu werden. Auch bitten wir, uns recht bald die Namen der Delegierten mitzuteilen, um die Präsenzliste fertigstellen zu können. Wünsche betreffs Bogis sind an Kollegen Moll, Ansbach, Knebelstraße 8, zu richten. J. A.: A. Stein.

**Korrespondenzen.**

**Bremen.** Die Modell- und Fabrikfischler beschäftigten sich in der am 3. Februar stattgefundenen Versammlung mit der Modellfischlerkonferenz. Folgende Tagesordnung wurde für dieselbe vorgeschlagen: 1. Die Lage der Modellfischler. 2. Welche Organisation ist maßgebend? 3. Agitation. 4. Die Lohnfrage (Alfordarbeit). 5. Streikarbeit. Diese Tagesordnung spricht für sich selber. Allgemein wurde auch für die Modellfischler die Einsetzung einer Zentralagitationskommission gewünscht. — Unsere Kollegen haben im letzten Jahre einen 4 1/2 wöchigen Kampf geführt, hauptsächlich wegen Befreiung der Alfordarbeit, ohne Erfolg, weil die Firma genügend Streikarbeit und Arbeitswillige von auswärts bekam. In unseren Reihen ist der Individualismus eben noch recht stark verbreitet. Wir müssen deshalb auch unsere Taktik bei Lohnbewegungen ändern, wir müssen Mittel und Wege zu finden suchen, um die Streikarbeit energisch bekämpfen zu können. — Auf der

Attien-Gesellschaft „Meier“ fordert das Verhalten der fünf Arbeiterwilligen sehr zur Kritik heraus. Bei ihren Schiltnerungen unserer Kollegen finden sie bei dem Meister, der noch vor 1/4 Jahren dem Verband angehörte und Mitbegründer unserer Sektion ist, nur zu sehr Unterstützung. Er hat auch ein System weitgehendster Ausnutzung unserer Arbeitskraft ausgeklügelt, bei dem selbst anerkannt tüchtige Kollegen nicht auf ihren Lohn kommen, während die Arbeiterwilligen, jedenfalls weil sie Sonntags arbeiteten und vom Meister in jeder möglichen Weise begünstigt wurden, fast das Doppelte verdienen. Ein 24 Jahre im Betrieb tätiger Kollege wurde infolge dieser Vorgänge entlassen, ein anderer Kollege gemahregelt, weil er angeblich die Arbeiterwilligen belästigt hatte. Zum Schluß protestierte die Versammlung auf das entschiedenste gegen das Verhalten des Hauptvorstandes, weil er dem Beschluß der Generalversammlung auf Veröffentlichung des Ausschusses der vier Arbeiterwilligen immer noch nicht nachgekommen ist.

**Detmold.** In der hiesigen Gegend hat sich die Holzindustrie günstig entwickelt, aus kleineren Tischlereien sind in den letzten sechs Jahren oft genug Möbelfabriken geworden, die 25 und mehr Arbeiter beschäftigen. Auch die Mitgliederzahl unserer Organisation hat sich erfreulich gehoben, doch steht sie mit 138 noch immer recht unglücklich da. In einigen Betrieben sind allerdings alle Kollegen organisiert, in anderen dagegen gar keine. Beispielsweise bei Hiller & Co. Dort will man nur geborene Lipper einstellen, die anderen sind ja zu aufgefärbt, zu selbstbewußt und zu teuer, und sie könnten den Frieden dieses Betriebs stören. Nicht besser ist es bei Uhe, wo die Kollegen, nachdem ein fleißiges Verbandsmitglied dort entlassen war, alle fahnenflüchtig wurden. — Die Verwaltung hat sich alle Mühe gegeben, sie hat durch Werkstätten und persönliche Agitation die Kollegen dieser Betriebe der Organisation zuzuführen gesucht — vergeblich. Die Kollegen sind ja so schlau! Die haben den Verband nicht nötig, sie haben ja Lebensstellung! Sittler Bahn — mancher Kollege hat schon eine Lebensstellung gehabt und deshalb die Organisation links liegen lassen, der später, bar jeder organisatorischen Unterstützung, mit Not und Glend zu kämpfen hatte. — Wie erfolgreich die Organisation zu arbeiten weiß, sehen wir am Schellenbergischen Betrieb. Dort brauchen die Kollegen nicht wie bei Uhe mittags über zu arbeiten, um auf ihren Lohn zu kommen, dort haben die Kollegen mit dem Arbeitgeber einen Tarif abgeschlossen, der ihnen ab 1. März die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und entsprechende Lohnaufbesserungen bringt. Die Kollegen in diesem Betrieb sind allerdings auch organisiert, und Herr Schellenberg läßt auch mit sich reden. — Kollegen, wollt auch ihr, daß eure Verhältnisse gebessert werden sollen, so müßt ihr die Druckbergerei ablegen, euch alle organisieren und fleißig mitarbeiten, vor allem auch die Versammlungen besuchen. Bessert euch, dann wird auch die Organisation die Möglichkeit einer Verbesserung der Verhältnisse haben.

**Dresden.** Am 28. Februar hielten die hiesigen Modellfischler eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Engel erstattete Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung im vergangenen Jahre, welcher zeigt, daß die Organisation auch bei den Dresdener Modellfischlern gute Fortschritte gemacht hat, wiewohl zur Agitation noch ein großes Feld vor uns liegt. Am Anfang des Jahres waren in 43 Werkstätten zirka 166 Mann beschäftigt, davon waren zirka 90 organisiert, das sind 56 Prozent; zu Ende des Jahres in 49 Werkstätten 230 beschäftigt, davon 181 im Verband, gleich 80 Prozent. Es wurden im Laufe des Jahres fünf öffentliche Versammlungen, 13 Sitzungen und 21 Werkstättenbesprechungen abgehalten, erfreulicherweise hat sich der Besuch derselben sehr gebessert. In vier Werkstätten wurde den Kollegen Streikarbeit zugemutet, wobei es in einem Betrieb zu einem zehntägigen Streik kam. Nach einer ausgenommenen Statistik war der Durchschnittswochenverdienst 26,68 Mk. Der niedrigste Verdienst betrug 17,40, der höchste 34,20 Mk., das ist 1,74 Mk. mehr als am Anfang des Jahres. Die Durchschnittsarbeitszeit betrug 59 1/2, die niedrigste 48, die höchste 68 Stunden. Entschädigung für Überstunden zahlten zehn Betriebe von 10 bis 20 Prozent. Zum Delegierten für die bevorstehende Konferenz wurde der Vertrauensmann, Kollege Bahig, bestimmt. Zur Konferenz wurde beantragt, es möge den Kollegen zur Pflicht gemacht werden, auch in den Betrieben die Arbeit niederzulegen, wo Streikarbeit nur vom Meister und den Lehrlingen angefertigt wird. Ferner möge im Interesse einer intensiven Agitation eine Zentral- mit Gaukommissionen gebildet werden; auch soll das Zwischenmeisterystem, sowie die Lehrlingszüchterei mit zur Debatte gestellt werden. Kollege Lauter appellierte noch an die Versammlung und namentlich an die jüngeren Kollegen, sich nicht so sehr als Lohn-drücker gebrauchen zu lassen, sondern lieber den Staub der schönen Residenz von den Füßen zu schütteln und einmal ihr Heil wo anders zu suchen.

(Bürstenmacher.) Am 13. Februar fand hier eine öffentliche Bürstenmacherversammlung statt, in welcher der Obmann unserer Sektion, Kollege Rieger, über die mit der Innung getroffenen Vereinbarungen berichtete. Es wurde eine Verständigung auf der Grundlage erzielt, daß die Stundenlöhne um 3 Pf. erhöht werden und der Minimallohn für männliche Arbeiter auf 35, für weibliche auf 30 Pf. festgesetzt wird. Auch der Alfordtarif wurde nach längerer Aussprache in einigen Punkten abgeändert und die sonstigen Forderungen bewilligt. Aus diesem Ergebnis der Lohnbewegung zog Kollege Rieger die Lehre, daß nur durch geschlossenes Vorgehen Erfolge erzielt werden können. In einer ausgedehnten Diskussion wurden unter anderem Mißstände in der Werkstätte von Klebe kritisiert; die dort beschäftigten Kollegen sollen zu einer Werkstättenbesprechung eingeladen werden. — In unserem Bericht in Nr. 5 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist unter anderem erwähnt, daß in der Werkstätte von Sybow, wo die Kintestbeder dominieren, oft genug bis 12 Uhr nachts gearbeitet wird. Wir bemerken hiermit, daß der betreffende Meister nicht Sybow, sondern Sudrow heißt.

**Eisenberg (S. A.).** Der Schutzverband der Eisenberger Stützfabrikanten ist an der Arbeit, um die alten gemüthlichen Zeiten durch Sprengung des Verbandes wieder herbeizuführen. Durch Anschlag in den Stützfabriken wurde folgendes bekannt gemacht:

**Bekanntmachung.**

Mehrfach an uns herangerufenen Anfragen zufolge besteht vielfach die Ansicht, daß diejenigen, die gewillt sind,

aus dem Verband auszuschneiden, vom Verband gerichtlich gezwungen werden können, entweder die erhaltene Streifenunterstützung zurückzugeben oder die wöchentlichen Beiträge bis Ablauf eines Jahres zu bezahlen. Wir machen deshalb bekannt, daß weder das eine noch das andere gerichtlich einlagbar ist, und daß sich der unterzeichnete Schuhverband und die mitunterzeichnete Firma verpflichtet, bei einem freiwilligen Austritt eines ihrer Arbeiter für alle eventuellen Kosten und Rückzahlungen aufzukommen.

**Schutzverband der Eisenberger Stuisfabrikanten.**  
Hoffentlich genügt diese Bekanntmachung, auch den wenigen Stuisfischlern und Kollegen, die noch nicht organisiert sind, die Augen zu öffnen. Darum hinein in den Holzarbeiterverband. An die organisierten Kollegen richten wir die Aufforderung: Besuch eurer Versammlungen besser wie bisher, auch ihr müßt noch lernen.

**Glogau.** Trotz der augenblicklich günstigen Konjunktur in der Bautischlerei sind die Arbeitsverhältnisse recht ungünstig. In der Glogauer Möbelfabrik von S. Eisert, wo durchschnittlich 12 bis 15 Bautischler und 10 bis 12 Möbeltischler beschäftigt sind, wird besonders seitens des Werkführers Tannhäuser der schlimmste Lohndruck ausgeübt. Wehrt sich ein Kollege dagegen, so wird er so lange schikaniert, bis er den Betrieb verläßt. Einem verheirateten Kollegen, der einmal mit dem Werkführer Handel hatte, ist es sogar unmöglich gemacht worden, am Orte wieder Arbeit zu bekommen, so daß er demnächst abreisen muß. Ebenso ungünstig liegen die Arbeitsverhältnisse in der Sofagestellfabrik von Fischbach. Dort werden, weil sich bei den niedrigen Löhnen nicht genügend Tischler finden, sogar Bäcker und Schuhmacher mit der Herstellung von Sofagestellen beschäftigt. Alles natürlich nur, um mehr willige Arbeitskräfte heranzuziehen, um die ungünstigen Löhne noch weiter drücken zu können. Unsere Kollegen wissen dagegen nichts weiter zu tun, als sich gegenseitig zu streiten. Das kann so doch nicht weitergehen! Kollegen, seid unter euch einig und agitiert fleißig für den Verband, damit wir hier bessere Zustände schaffen können. — Wir bitten die Kollegen in den Nachbarkommunen, die reisenden Kollegen auf die Ungunst unserer Verhältnisse aufmerksam zu machen.

**Goslar.** Daß die in der „Garzer Kontormöbel-Fabrik, G. m. b. H.“ arbeitenden Kollegen die Hände nicht träge in den Schöpf legen, dafür sorgen in ausgiebigem Maße die Besitzer dieses herrlichen Stablfabrikats, dessen Schilderung manchen Kollegen interessieren dürfte. Das Beste an der ganzen „Tipp-Topp-Mühle“ — das ist die landläufige Bezeichnung der Fabrik — ist die überaus herrliche Lage inmitten waldgekrönter Wiesenhügel. Statt die Arbeiter immer wieder daran zu erinnern, daß sie trotz ihrer guten Organisation nur Profit schaffende Lohnsklaven sind, sollten die Unternehmer darauf bedacht sein, die haarsträubenden Mißstände beseitigen zu lassen, damit sie nicht mit den Arbeiterschutzesgesetzen, der Baupolizeibehörde und der Gewerbeinspektion in Konflikt geraten. Letztere Behörde empfehlen wir diesen Betrieb zu näherer Befestigung, sie wird interessante Entdeckungen machen. Die Maschinen werden durch Wasserkraft betrieben, dabei sind die Transmissionen und Betriebsanrichtungen so unglücklich angebracht, daß neben dem fürchterlichen Geräusch der Maschinen ein fortwährendes Wackeln der Balkenlage und der Wände stattfindet. Dieses Wackeln ist zeitweilig so stark, daß die in Arbeit befindlichen und zu Tausenden übereinandergestellten „Plamotten“ mit beäufendem Geräusch zusammenstürzen. Ein derartiger „Umsturz“ tritt nicht selten ein, und je zahlreicher die abgebrochenen Ecken, geplatzten Fugen und Scherungen, die Wisse und Schrammen sind, welche eine solche Katastrophe hinterläßt, desto schauerlicher ist das Fluchen des leidtragenden Kollegen. Die vom Arbeiterausschuß erhobenen Beschwerden werden herablassend entgegengenommen und ironisch zurückgewiesen. Ein Kollege, der bei gar zu starker Erschütterung des Gebäudes durch Bearbeiten des Fußbodens mit einem Abschnitt seinem Unwillen Luft machte und gleichzeitig dem Maschinenarbeiter das Zeichen zum Abstellen des Wassers gab, wurde kurzerhand entlassen. Noch gefährlicher als diese „Erschütterung“ ist das Herablassen größerer Möbel durch eine in den Fußboden geschnittene Öffnung aus der Werkstatt in den Maschinenraum. Bei dieser Manipulation sind erst neulich drei Kollegen nur um ein Haar einem schweren Unfall entgangen. Als darauf die Kollegen die fernere Beteiligung an solch gefährlicher Arbeit verweigerten, wurde der Vorsitzende des Werkstattausschusses nach Beendigung seines Aktords entlassen. Natürlich wurde der wahre Grund für die Entlassung nicht angegeben. Für die Klagen der Arbeiter hatte der Chef bisher kein Ohr, dagegen ist ihm der Werkmeister Laubner aus Lubwigsbagen alles. Die beruflichen Fähigkeiten dieses Herrn sind ja nicht weit her, er versteht es aber, sich durch Liebedienerei und glattes Reden sich ein Ansehen zu geben. Nun, wir wollen sehen, ob für die Zukunft die Herren das Geschäft mit ihrem Werkmeister allein halten können. Da die tüchtigsten Leute dem Werkführer zu Gefallen aufs Pflaster gesetzt werden, muß man wohl annehmen, daß man denselben nicht bedarf, und danach werden wir uns einrichten. — Von den übrigen Mißständen wollen wir vorläufig schweigen, die erwähnten werden genügen, um den Zuzug von Arbeitskräften so lange fernzuhalten, bis es den Herren Fabrikanten beliebt, mit den Arbeitern als mit gleichberechtigten Menschen umzugehen.

**Somburg (Bezirk Cassel).** Seit Gründung unserer Zahlstelle sind in den Werkstätten, wo unsere Kollegen dominieren, schon mancherlei Verbesserungen unserer Lage erzielt worden. In einem Betrieb wurde ein angedrohter Lohnabzug von 1 Mk. pro Woche abgewehrt, in einem anderen durch gütliche Vereinbarung achtstündige Lohnzahlung, ein Mindestlohn von 18 Mk. pro Woche und eine halbstündige Arbeitszeitkürzung an den Sonnabenden erzielt. Hier hatten die Kollegen bisher nur 15 Mk. pro Woche verdient. In den Betrieben von Notlage und von Altstadt liegen die Verhältnisse noch sehr im argen. Sowohl die Entlohnung als die Behandlung und die Beköstigung lassen zu wünschen übrig. Die Verbandskollegen sehen sich denn auch diese Läden an besten von außen an. Altstadt tut nur so, als wolle er Verbandsmitglieder nicht beschäftigen, doch muß er eingestehen, daß er, wenn er tüchtige Gesellen haben will, Verbandsmitglieder nehmen muß. In diesem Betrieb wird noch von 3 oder 7 Uhr morgens bis halb 8 Uhr abends ohne regelmäßige Erholungsstunden gearbeitet bei 3 bis 4 Mk. Wochen-

lohn und Kost und Logis. — Die Kollegen werden auf diese Musterbuden besonders aufmerksam gemacht. — Den Kollegen am Orte möchten wir aber empfehlen, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen und ihren Verbandspflichten eifrig nachzukommen — der Verband ist ja unsere beste Stütze — dagegen die Klimbimvereine links liegen zu lassen.

**Jugolstadt.** In der Mitgliederversammlung am 3. Februar waren fast sämtliche Mitglieder anwesend, um den Bericht des Kollegen Schmidt über die Fürstenmachertagung entgegenzunehmen. Seinen vortrefflichen Ausführungen wurde lebhafter Beifall gezollt. Zum bevorstehenden Gantag in München wurden einige Anträge gestellt, nachdem sie gründlich beraten waren. Als Delegierter wurde Kollege Weber gewählt. Im allgemeinen kann man die Beobachtung machen, daß die Furcht der Kollegen, bröckel zu werden, falls sie sich organisieren, immer mehr verschwindet. Tatsächlich sind auch die Kollegen, welche sich bei der Lohnbewegung hervor-taten, trotz des schlechten Geschäftsgangs sämtlich in Arbeit, während die Arbeitswilligen beim Streik fast alle jetzt arbeitslos sind und nirgends unterkommen können. Sie haben nun den Lohn für ihre Tätigkeit als Hausarbeiter. Die zureisenden Kollegen ersuchen wir, bevor sie in Arbeit treten, sich über den Tarifvertrag zu orientieren, denn wir sind nicht gewillt, auch nur ein Jota von demselben nachzulassen. — Ein reges Leben ist auch bei den Fürstenmachern vorhanden, neu hinzugekommen sind auch weibliche Mitglieder. Außerdem haben auch die Säger ihre tieftraurige Lage erkannt und sich dem Holzarbeiterverband angeschlossen. Diese Kollegen haben noch eine Arbeitszeit von 10 bis 13 Stunden bei Löhnen von 1,70 bis 3 Mk. Leider stehen uns die Kollegen von zwei Betrieben fern, doch wird es unsere Aufgabe sein, dieselben demnächst zu gewinnen. Wir beabsichtigen nun, eine eifrige Frühjahrsagitation zu entfalten, um die uns noch fernstehenden Kollegen sämtlicher Branchen dem Verband zuzuführen. Tue jeder seine Pflicht, sei ein jeder ein Agitator, um Aufklärung unter den Jugolstädter Holzarbeitern zu schaffen. Bei einigem guten Willen wird es auch hier vorwärts gehen.

**Karlruhe.** Gegen Ende vorigen Jahres fanden hier zwei öffentliche Maschinenarbeiterversammlungen statt, in welchen Kollege Sigmond die Notwendigkeit eines engeren Zusammenschlusses nachwies. Es wurde dann eine Sektion der Maschinenarbeiter gegründet, welcher jetzt etwa die Hälfte der hier beschäftigten Maschinenarbeiter angehören. Wenn die jetzt gewonnenen Kollegen fleißig agitieren, dann wird es auch gelingen, die andere Hälfte recht bald dem Verband zuzuführen. — Alle Zusendungen sind an Fr. Wilhelm Schäfer, Augartenstraße 58 IV, zu richten.

**Rönnigstein.** Am 4. Februar sprach in unserer Generalversammlung Kollege Starke-Dresden über die „Arbeiter-versicherungsgesetzgebung“. Von den 115 organisierten Kollegen war leider nur die knappe Hälfte erschienen. Und gerade hier am Orte mit seinen unwürdigen Arbeitsverhältnissen wäre Aufklärung der Kollegen doppelt nötig. In den Schneidemühlen werden nur Löhne von 20 bis 25 Pf. bezahlt, was ist das bei unseren teuren Lebensverhältnissen. — Die Abrechnung für das vierte Quartal verzeichnete eine Gesamteinnahme von 311,75 Mk., davon wurden 171,06 Mk. der Hauptkasse, 73,94 Mk. der Lokalkasse zugeführt, so daß dieser noch 66,75 Mk. Kassenbestand verbleiben. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zum Gantag nach Dresden wurde Kollege Hünig als Delegierter gewählt. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Werner einstimmig gewählt, die übrigen Verbandsfunktionäre wurden wiedergewählt. Zum Schluß wurde den Kollegen nahegelegt, doch ja recht fleißig und unablässig zu agitieren, damit unserem Verband alle Kollegen zugeführt werden und dieser in die Lage kommt, ernsthaft Verbesserungen unserer Lage vorzunehmen.

**Leipzig.** Die Modell- und Fabrikfischler hielten am 9. Februar eine öffentliche Mitgliederversammlung ab mit der Tagesordnung: Konferenzberatung und Wahl eines Delegierten zu derselben. Zunächst wurde vom Vorsitzenden auf verlässliche Berichte in der „Holzarbeiter-Zeitung“ aus mehreren Städten hingewiesen und auf Vorschlag des Kollegen Hübner der Antrag von München zur Geheiß. Kollege Hübner bemerkte, daß es nicht direkt notwendig sei, uns mit Anträgen zur Konferenz zu beschäftigen. Hierauf wurde nach längerer Debatte der Antrag angenommen: „Die Konferenz wolle beschließen, eine Generalkommission zu ernennen, die sich mit der Organisation und Agitation unter den Modellfischlern zu beschäftigen hat. Als Delegierter zur Konferenz wurde Kollege Raschbacher gewählt. Unter „Gewerkschaftliches“ gab Kollege Heidenreich bekannt, daß die Beschwerden der Firmen Wünschmann, Carius und Weichert zur Zufriedenheit der Kollegen geregelt seien, und macht darauf aufmerksam, daß die Versammlung eine öffentliche sei. Der weitere Bericht soll in der nächsten Mitgliederversammlung bekannt gegeben werden. Da der Meister Brand der Firma Weichert in Leipzig-Gutrich in der Versammlung erschienen war, um sich gegen die Kollegen zu rechtfertigen, entspann sich eine lebhafte Diskussion. Da aber noch mehr unter „Gewerkschaftliches“ zu regeln war und in Anbetracht der vorgerückten Zeit wurde von Kollege Heidenreich der Vorschlag gemacht, diese Angelegenheit nochmals in einer Werkstattversammlung zu regeln und den Meister Brand dazu einzuladen. Dem Antrag der Münchener Kollegen zufolge, geben wir die Statistik von 1905/06 bekannt. Nach Auszug der vorgenommenen Fragebogen sind an der Erhebung circa 333 Modell- und Fabrikfischler beteiligt, davon 200 organisiert im Holzarbeiterverband, 45 im Gewerksverein Fisch-Dücker, einer im Metallarbeiterverband. Die übrigen sind nicht organisiert. Bemerkenswert ist, daß bei der Firma Karl Krause, wo die Fisch-Dücker sind und die Nichtorganisierten die Oberhand haben, die niedrigsten Löhne gezahlt werden. Es sind circa 70 Mann, davon sind 14 jüngere Kollegen im Holzarbeiterverband organisiert.

**Stolz.** Am 10. Februar fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in der unser Gauvorsitzer Gilt aus Danzig über unsere wirtschaftliche Lage sprach. Leider war die Versammlung trotz der vorhergehenden schriftlichen Einladung sehr schwach besucht, indem von 350 organisierten Kollegen nur 180 Kollegen anwesend waren. Die Schuld hieran tragen die Mitglieder, die Vergnügen, Kneipeerei usw. dem Versammlungsbesuch vorziehen. In vortrefflicher Weise erledigte Kollege Gilt seine Aufgabe und fand allseitige Zustimmung. In der darauffolgenden Diskussion wurden die unhaltbaren Zustände einer gebührenden Kritik unterzogen. Zum Schluß wurde eine Resolution

angenommen, durch welche die Anwesenden sich verpflichteten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Verhältnisse zu verbessern. Kollegen, erscheint von nun an vollzählig in den Versammlungen, dann wird auch eine Besserung unserer Lage eintreten.

**Wittstock.** Wer von den Holzarbeitern die Notwendigkeit einer starken gewerkschaftlichen Organisation kennen lernen will, möge sich nach Wittstock an der Dosse begeben und dort Arbeit nehmen. Es sind dort mehrere Tischlermeister, die 20 bis 25 Kollegen beschäftigen, dann einige Pantinennmacher mit ebenfalls 15 Kollegen, und eine Fürstenhölzerfabrik, die 111 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Es wird überall 11 Stunden pro Tag gearbeitet und ist der Verdienst dann bei den Pantinennmachern sage und schreibe 10 Mk. In der Fürstenhölzerfabrik bei den männlichen Arbeitern im Durchschnitt 13 bis 14 Mk., bei den weiblichen 7 bis 8 Mk. Der Lebensunterhalt ist aber durchaus nicht den Lohnverhältnissen entsprechend. Ein lediger Mensch hat für Kost und Logis 9 bis 10 Mk. zu zahlen. Die Pantinennmacher berechnen ihren ledigen Arbeitern aber aus lauter Gnade nur 6 Mk. pro Woche, so daß sie noch einen Überschuss von 3 bis 4 Mk. die Woche haben. Wenn die verheirateten Kollegen ihre Familie nur halbwegs ernähren wollen, so heißt es eben Überstunden machen. In der Fürstenhölzerfabrik ist die Anerkennung des Koalitionsrechtes ebenfalls etwas Unbekanntes. Vor mehreren Jahren waren dort eine Anzahl Kollegen organisiert. Als der Fabrikant dies erfuhr, ließ er sie eines Tages auf sein Bureau kommen und hieß jeden entweder den Verband oder seine Fabrik zu meiden. Es ist ihm nun wohl gegliückt, damals die Organisation zu sprengen, aber zufriedener sind die Arbeiter dadurch nicht geworden. Es haben nun in der letzten Zeit in Wittstock mehrere Besprechungen mit den Kollegen stattgefunden, die den Erfolg hatten, daß sich fast sämtliche Pantinennmacher in den Holzarbeiterverband aufnehmen ließen, die Kollegen aus der Fürstenhölzerfabrik werden wohl auch nicht auf sich warten lassen, und wird es dann mit Hilfe des Verbandes einmal möglich sein, dort menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Notwendig genug ist es, daß haben auch die Wittstocker Kollegen eingesehen, und bei einigem guten Willen wird es ihnen auch gelingen. Haben doch die Pantinennmacher an ihren Fehrbelliner Kollegen ein gutes Beispiel. Dort ist es den Kollegen mit Hilfe des Verbandes gelungen, ihren Verdienst auf 14 bis 16 Mk. die Woche zu erhöhen, und das in einem Orte, welcher nur 1400 Einwohner hat. Darum, Kollegen Wittstocks, schließt euch dem Holzarbeiterverband an, je früher, desto besser für euch.

### Unsere Lohnbewegung.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Altensteig (Ph. Maier sen.), Bauhen (Töpfer & Göl), Bernburg, Fischbach im Lannus (Schmidt), Fürstenwalde a. Spree, Lübeck, Mühlhausen in Thüringen, Dels, Priebus (D. F. Schulze), Remscheid, Rostock (Reptumwerft), Weißwasser (Krel & Co.);
  - Tischlern und Maschinenarbeitern nach Konstanz;
  - Tischlern, Stellmachern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Bielefeld (Gurmann & Co.), Brandenburg a. S. (Gebr. Richter);
  - Tischlern, Stuhlbauern, Gestellbauern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Berlinchen, Schandau, Schwallungen;
  - Klavierarbeitern nach Mannheim (Scharf & Haut);
  - Drechslern nach Bernau (Rücker);
  - Gummidrechslern nach Cassel, Leipzig;
  - Stoßdrechslern nach Hamburg, Brüssel;
  - Berlmutterarbeitern, Horn- und Hilfsarbeitern nach Berlin (Abramowski & Steiner);
  - Besoldungs- und Stoßarbeitern, Raumachern nach Leipzig (Mendelsohn);
  - Korbmachern nach Brandenburg a. S., Magdeburg (Meinecke), Themar (Otto Häder);
  - Fürstenmachern und Drechslern nach Hamburg, Neuwied (Fürstenfabrik Unversum), Unna i. W., Wilhermsdorf (Mickelsohn & Reiner), Schweitz;
  - Säger und Sägeverarbeiter nach Alach bei München (Th. Kirsch & Söhne).

**In Bauhen** befinden sich die Kollegen aus der Möbelfabrik von Töpfer & Göl seit drei Wochen im Streik. Bis jetzt haben sich nur zwei Arbeitswillige gefunden, die Herr Göl in eigener Person zur Arbeit abholt. Die Firma hat sämtliche Streikende auf dem Gewerbegericht verklagt; ein Teil der Prozesse ist bereits erledigt und können die Fabrikanten die Kosten zahlen. Die Herren wollen nicht verhandeln und erklären, lieber Bankrott machen zu wollen, ehe sie einen der Streikenden wieder einstellen, dabei versuchen sie, freilich erfolglos, durch vertrauliche Briefe einzelne Kollegen abtrünnig zu machen. Im übrigen werden, da Gesellen nicht kommen, durch Inseparate Werkmeister gesucht. Vor diesen Inseparaten wird gewarnt, da die sogenannten Werkmeister tüchtig Schrubben sollen. Bei weiterer Fernhaltung des Zuzugs wird der harte Sinn der Herren bald gebrochen sein.

**In Berlin** sind die Kollegen in der Knopffabrik von F. Abramowski in den Ausstand getreten. Es wird gebeten, den Zuzug von Berlmutter- und Hornknopfmachern fernzuhalten.

**In Bernburg** ist am 19. Februar sämtlichen Arbeitgebern der Tischlerei- und Glaserbetriebe seitens unserer Kollegen die Forderung auf Einführung der 9/8stündigen Arbeitszeit — statt der bisherigen zehnstündigen —, Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und Aufschlag für Überstunden von 10 Pf. für jede der ersten zwei nach Feierabend und von 20 Pf. für jede weitere und solche an Sonntagen zugegangen. Die Frist für die Erklärung der Arbeitgeber auf diese Forderung ist bis zum 25. Februar festgesetzt. — Für Tischler sind deswegen vorderhand sämtliche hiesigen Betriebe gesperrt, was wir die Kollegen dringend zu beachten ersuchen.

**In Brandenburg** haben sich vier öffentliche Versammlungen mit der Aussperrung auf den Brennaborwerken (Gebr. Reichenstein) beschäftigt. Das hat die Firma

veranlaßt, den hiesigen Tageszeitungen eine Erklärung zu geben zu lassen und eine Lohnnachweisung zu veröffentlichen, die wesentlich andere Zahlen enthält als die Aufstellung der Streikleitung. Welchen Wert die Behauptung der Unternehmer hat, geht daraus hervor, daß die Ausständigen sich gern bereit erklärt haben, für die von der Firma angegebene Höhe zu arbeiten. Seit einigen Tagen haben sich Angehörige der Fabrik Mühe, die Arbeiter einzeln zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, natürlich ohne Erfolg.

In Celle wurde in der Pantinenfabrik und Sägewerk von Neumann ein Kollege ohne Kündigung entlassen, weil er — seine Stiefel in Reparatur gegeben hat. Der betreffende, der wie alle Arbeiter des Betriebs organisiert ist, hatte es übernommen, die fertige Arbeit zur Bahn zu bringen, war aber dazu mangels der beim Schuster befindlichen Stiefel an dem einen Tage nicht imstande. Und deshalb die Entlassung des seit neun Jahren in dem Betrieb beschäftigten Arbeiters. Da derartige Vorfälle in letzter Zeit wiederholt vorgekommen sind, wurde beschlossen, über den Betrieb die Sperre zu verhängen.

In Coburg sind die Differenzen bei Rüping & Frick erledigt, wenn man überhaupt eine Reihe Beschwerden, die der Firma unterbreitet wurden, als Differenzen bezeichnen kann. Deshalb brauchen aber unsere Kollegen die Firma nicht zu überlaufen; sie arbeitet mit beschränkter Arbeitszeit, es sind also Arbeitskräfte übrig und können wir Zulauf gar nicht gebrauchen.

In Hamburg sind die Bürstenmacher mit der Firma Marquardt in Differenzen geraten, da Herr Marquardt den vor drei Jahren vereinbarten Tarif einfach von der Hand riß und Lohnreduktionen bis zu 30 Prozent bei einzelnen Arbeiten vorzunehmen suchte. Eine schriftliche Intervention der Ortsverwaltung blieb unbeantwortet, dagegen wurden unsere dort beschäftigten Mitglieder kurzerhand entlassen. Die Firma sucht nun Arbeitswillige und hat es besonders auf weibliche abgesehen. Wir haben den Betrieb gesperrt und bitten, den Zugang von Bürstenmachern nach Hamburg streng zu meiden.

In Homburg a. N. bei Ruhrtort war den Drechslern der Firma Peter Maasen eine Lohnreduzierung bis zu 15 Prozent angekündigt worden. Die Kollegen machten dagegen mobil, und es gelang, den Abzug abzuwehren. Die gute Geschäftslage ermutigte die Kollegen aber auch zum Angriff. Durch diesen wurde eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde pro Tag erreicht. Allerdings ist die Arbeitszeit auch jetzt noch lang genug, denn es wird noch 65 Stunden pro Woche gearbeitet.

In Lübeck haben sämtliche Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter in den Möbelfabriken die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten.

In Magdeburg sind die am 7. Februar in den Modelltischlereien von Schmiedel und Gebrüder Börsch gestellten Forderungen insoweit bewilligt worden, als die neunstündige Arbeitszeit statt der bisherigen zehnstündigen eingeführt wird und bei dieser verkürzten Arbeitszeit bei Schmiedel der bisherige Wochenverdienst gesichert wird, respektive bei Börsch die Stundenlöhne um 5 Pf. erhöht worden sind. In der ersten Werkstatt wird auch jetzt der Aufschlag für Überstunden mit 10 bzw. 25 Pf. bezahlt, was in der anderen schon vormals geregelt war; in dieser letzteren werden auch die beiden eingeschickten Streikbrecher entlassen. — Um das zu erreichen, gebrauchte es bei Börsch eines anderthalbtägigen Streiks unserer Kollegen.

In Meiningen bei Barel in Oldenburg ist es wegen Maßregelung einiger Kollegen durch die Firma Diebr. Müller zu Differenzen gekommen. Der Zugang von Tischlern ist fernzuhalten.

In Meiningen sind bei der Firma Jaf. Doeb Nachfolger, Inhaber Hülfener, Bürstenfabrik „Universum“, Differenzen ausgebrochen, weshalb die Arbeiter von Wustenzurichter die Kündigung einreichten. Zugang von Bürstenmachern ist fernzuhalten.

In Neumünster arbeiten die Schreinermeister noch schmerzhaftem Mute. Sie beschließen, die Holzhandwerker unter Androhung des Boykotts zu veranlassen, diejenigen Meistern, welche unsere Forderungen bewilligt haben, kein Holz mehr zu liefern. Die Polizei glaubt sich auch hier als Schützer der Arbeitswilligen aufwerfen zu müssen; unter ihrem Schutze werden diese nützlichen Elemente von der Arbeitsstätte nach Hause begleitet. Die Streikenden werden sich hüten, an diesen Leuten ihre Finger zu beschmutzen. Trotz der Herausgabe der schwarzen Listen und des Beschlusses seitens der Innung, alle organisierten Kollegen auszusperrn, ist es gelungen, mehrere Streikende in anderen Werkstätten unterzubringen. Gelingt es, die im Streik befindlichen Werkstätten von Arbeitswilligen rein zu halten, dann dürfte der Kampf bald zu unseren Gunsten entschieden werden.

In Norderstedt dauert die Aussperrung auf der Neptunwerft unverändert fort. Der Tarifvertrag war der Direktion der Neptunwerft unbenommen, weil die Herren nun mit der Arbeiterschaft nicht mehr so umspringen konnten, wie es ihnen beliebt. Es wurde deshalb eine günstige Gelegenheit gesucht, um diesen Vertrag wieder los zu werden. Warum die Direktion den Tarifvertrag gern los werden wollte, das hat sie in der letzten Woche deutlich zu erkennen gegeben. Die Schiffbauer hatten sich nämlich an die Direktion gewandt wegen Wiederaufnahme der Arbeit. Auf die unter anderem gestellte Bedingung, daß die alten Lohn- und Akkordsätze unverändert bestehen bleiben, ging folgendes Schreiben ein: „Wir beabsichtigen, die Lohn- und Akkordverhältnisse im allgemeinen von Bestand zu lassen, müssen uns aber vorbehalten, einige Akkordsätze, wie zum Beispiel diejenigen der Tischler und Zimmerer, welche nachweislich höher sind als bei den Konkurrenzverträgen (zum Beispiel Lübeck), entsprechend zu regeln. Eine Erhöhung der Lohn- beziehungsweise Akkordsätze ist jedoch in Anbetracht des gehabt Schadens ausgeschlossen.“

Nun ist es raus! Der Tarifvertrag hatte die Lohn- und Akkordpreise geregelt. Jetzt mit einem Male will die Direktion entdeckt haben, daß in anderen Werften die Löhne niedriger sind, also muß der Tarif gebrochen werden, um die Lohnsätze „regeln“ zu können. Selbstverständlich haben die Schiffbauer es abgelehnt, unter diesen Umständen die Arbeit wieder aufzunehmen. — Der Kampf geht also weiter. Hoffentlich gelingt es der Arbeiterschaft, den Aufschlag der Wertgewaltigen zurück zu machen.

In Schandau haben die Kollegen in der Stuhl- und Möbelfabrik von G. Hauschild eine zehnprozentige Lohn-erhöhung und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um 3/4 Stunden gefordert. Die Berechtigung dieser Forderung wurde anfangs von Herrn Hauschild anerkannt, und er war nicht abgeneigt, mit der Kommission in Verhandlungen einzutreten. Durch das Eingreifen des Herrn Hauschild jr. und des Werkführers wurden aber die Verhandlungen hintertrieben, und es kam zum Streik. In der dritten Streikwoche kam es zu einer Verständigung, und am folgenden Montag sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden. Den Umständen, daß nach dem Vertragsabschluss keine Streikposten mehr ausgestellt wurden, benutzte aber Herr Hauschild, um nach Streikbrechern Umschau zu halten. Er ließ sich durch den Schulmachersmeister Anton Schäfer aus Bruch in Böhmen Arbeitswillige besorgen, und als unsere Kollegen am Montag die Arbeit aufnehmen wollten, wurden sie hinausgewiesen mit dem Bemerkten, daß Herr Hauschild den Vertrag nicht anerkenne. Der Streikbrecheragent Schäfer brachte denn auch zwei Tischler an, von denen aber der eine wieder abgereist ist. Wir werden nun bestrebt sein, dem fauberen Agenten, der noch weiter in Bruch und Dux in Böhmen Arbeitswillige sucht, das Handwerk zu legen. Inzwischen hat Herr Hauschild durch eine Anzeige im hiesigen Lokaltblatt die Streitenden aufgefordert, zu den von ihm gestellten Bedingungen die Arbeit aufzunehmen, und der bei ihm vorsprechenden Kommission erklärt, daß zunächst alle aus dem Verband austreten müßten. Darauf wird er aber noch lange warten müssen. Die Kollegen sind guten Mutes, zumal die drei Tischler, die sich Herr Hauschild mit großen Kosten beschafft hat, seinen Kohl nicht fett machen werden.

In Schwabmünchen bereiten sich ernste Differenzen bei Heller & Comp. vor. Die Kollegen werden gebeten, die Firma zu meiden. Es kommen hierbei Stuhl- und Drechsler, Polierer usw. in Betracht. Die Arbeitsbedingungen sind auch zu normalen Zeiten so, daß niemand etwas einbüßt, wenn er um Schwabmünchen herumgeht.

In Steinhilber in der Holzwarenfabrik von Koppen Differenzen ausgebrochen. Der Zugang ist fernzuhalten.

In Tchenar haben bei der Firma Otto Käder am 17. Februar 35 Korbmacher die Arbeit eingestellt, weil ihnen zugemutet wurde, Sommerweiden zu verarbeiten, was einen beträchtlichen Lohnausfall bedeuten würde. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten und keine Streikarbeit nach hier zu liefern.

**Ausland.**

In Dornbirn und Rankweil in Borsarlberg befinden sich die Kollegen in sorgfältigen Differenzen mit der Bau-firma Jos. Schöb, weil diese die Anerkennung der Organisationsabteilung ablehnt. Die deutschen Kollegen, besonders die Schreiner und Anschläger, werden gebeten, diese Firma zu meiden.

In Salzburg werden die Unternehmer wortbrüchig. Sie versuchen, Tischlergehilfen in großer Zahl nach dort zu ziehen, obwohl noch 60 Kollegen infolge der Aussperrung arbeitslos sind, und das, obwohl sie sich zur Einstellung dieser Arbeitskräfte in erster Linie verpflichtet hatten. Zugang nach Salzburg ist streng zu meiden.

In Berg sind die Tischler, Bergolder, Grundreter und Arbeiterinnen bei der Firma Sigmund Feigl seit elf Wochen im Zustand, um den zehnstündigen Tag zu erkämpfen. Feigl ist jetzt nach Berlin gereist, um dort Streikbrecher zu angeln. Vor Zugang wird gewarnt.

In Uch in Böhmen befinden sich die Kollegen bei der Firma Fleißner im Zustand. Zugang von Tischlern ist fernzuhalten.

In Stockholm (Schweden) befinden sich die Korbmacher in einer Lohnbewegung. Sie verlangen eine Aufbesserung der Akkordpreise und Festsetzung eines Minimalstundelohnes von 50 Ore bei Lohnarbeit. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten. Insbesondere werden die deutschen Korbmacher vor den Arbeitergesuchen der Firma S. J. Wahlström gewarnt.

In Wien hat die Lohnbewegung der Bildhauer an welcher auch die Tischler beteiligt sind, einen eigenartigen Verlauf genommen. Einem an den internationalen Sekretär gerichteten Bericht der Fédération Nationale de l'Ameublement entnehmen wir, daß sich 43 Unternehmer unterschrieben verpflichtet hatten, die Bildhauer auszusperrn, daß aber nur 15 den Beschluß zur Ausführung brachten. Von diesen fiel nach fünf Tagen der erste ab, und ihm folgten bald die anderen bis auf einen. Sie erkannten alle die Abschaffung der Stückarbeit und die Einführung der Lohnarbeit an. Der letzte, der sich weigerte, die Forderungen anzuerkennen, ist der Unternehmer Jemont, der bei den Unternehmern und Arbeitern in gleichem Maße verhaßt ist. Im Zustand befinden sich dort 32 Bildhauer und 30 Schreiner und Stuhlbauer. Die Pariser Bildhauer haben beschlossen, 5 Prozent ihres Lohnes den Streikenden zu opfern, und wird dieser Beschluß verhältnismäßig gut ausgeführt. Die Streikenden sind guten Mutes und hoffen siegreich aus diesem Kampfe hervorzugehen.

**Aus der Holzindustrie.**

**Erfreuliche Fortschritte**

hat unser Verband im letzten Jahre gemacht. Einen sicheren und erschöpfenden Nachweis darüber wird erst die Abrechnung wie auch die Streikstatistik für das Jahr 1905 ergeben, doch zeigen schon die Jahresberichte der größeren Zahlstellen des Verbandes, in wie erfreulichem Maße sich unsere Organisation entwickelt hat. Bis jetzt liegen uns vier solcher Jahresberichte vor, aus Hamburg, Breslau, Dresden und Leipzig.

In Hamburg-Altona stieg die Mitgliederzahl im letzten Jahre von 5325 auf 6466, also um 1141. Zahlreiche und zum Teil schwere Kämpfe wurden durchgeführt, wir erinnern nur an den Streik und die Aussperrung in der Möbelindustrie und den Streik der Stockdrechsler. Im Allgemeinen brachten alle diese Kämpfe den Kollegen gute Erfolge. Trotz dieser Kämpfe, und obwohl aus lokalen Mitteln noch 8339,85 Mk. an Arbeitslosen- und 34807,45 Mk. an Streikunterstützung verausgabt worden ist, verfügte die Zahlstelle am Jahresabschluss doch immer noch über einen Lokalkassen-

bestand von 82500,86 Mk., gegen 86108,40 Mk. am Schluss des Jahres 1904.

Die Zahlstelle Breslau steigerte ihre Mitgliederzahl von 2487 auf 2938, also um 501. In dieser Zahlstelle wurden eigentlich das ganze Jahr hindurch Lohnbewegungen geführt, wie eine dem Bericht beigelegte tabellarische Übersicht gut veranschaulicht. Den Höhepunkt des Kampfes bilden die Aussperrung der Tischler. Auch hier hat der Verband im ganzen genommen gut abgeschnitten. Die Zahlstelle verausgabte aus lokalen Mitteln 2842,22 Mk. für Arbeitslosen, 6285,45 Mk. für Streik- und 1154,50 Mk. für Notfallunterstützung und steigerte ihren Kassenbestand von 7944,16 auf 11023,98 Mk.

Die Dresdener Kollegen hatten im letzten Jahre kaum unter Arbeitslosigkeit zu leiden, die dortigen Kollegen lernen denn auch erkennen, ein wie vorzügliches Kampfmittel in Klassenkampf die Arbeitslosenunterstützung ist. Nicht wenige wie 23126,67 Mk. aus der Hauptklasse und 18153,56 Mk. aus der Lokalkasse gelangten an Arbeitslosenunterstützung an die Kollegen zur Auszahlung. Vermöge dieser Unterstützung gelang es den Kollegen, trotz ungünstigem Geschäftsgang und Arbeitslosigkeit ihre Arbeitsbedingungen hochhalten zu können. Die Mitgliederzahl stieg von 3804 auf 4093; über 1000 Kollegen stehen in Dresden noch außerhalb jeder Berufsorganisation!

Auch in Leipzig war im letzten Jahre der Geschäftsgang keineswegs günstig. Wurden doch an Arbeitslosenunterstützung aus der Hauptklasse 14736,90 Mk., aus der Lokalkasse 3506,75 Mk. verausgabt. Hier war auch die Streikunterstützung besonders umfangreich; aus der Hauptklasse wurden 23910,12 Mk., aus der Lokalkasse 13288,63 Mk. an Streikunterstützung verausgabt. Die wichtigsten Streikendigten erfolglos, was zum Teil wohl auf den ungünstigen Geschäftsgang zurückzuführen sein mag. Der Bestand der Lokalkasse wurde gesteigert von 30524,80 Mk. auf 40618,82 Mk. die Mitgliederzahl von 3784 auf 4070.

Die Konferenz des Gauess Magdeburg erklärte einstimmig für die Erhöhung des Beitrags und die Einführung der Ernährungslosenunterstützung.

Der Verein der Holzinteressenten Südwestdeutschlands hielt am 5. Februar in Straßburg i. El. seine Hauptversammlung ab. Unter anderem sprach Dr. Weuermann Hülfsdorf über Holzskaffeltarife und legte die großen Schädigungen dar, die aus ihrer Einführung dem Westen und Südwesten Deutschlands erwachsen würden. Auf seine Vorschlag wurde folgende Entschließung mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Die Einführung von Holzskaffeltarifen läuft den Interessen des Waldbesitzes, der Forstwirtschaft wie des Holzgewerbes und der davon beschäftigten zahlreichen Arbeiter Südwestdeutschlands so sehr zuwider, daß wir gegen sie um so entschiedeneren Einspruch erheben, als diese Tarife nur in geringem Maße dem deutschen Waldbesitz des Ostens, hauptsächlich aber den Holzern russischer Herkunft zugute kommen würden.“ Zahlreiche andere Fragen wurden sodann eingehend erörtert.

**Gewerkschaftliches.**

**Christliche Finanzgebarung.**

Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht in Nummer 2 des „Zentralblatt“ seinen Bericht für die letzten anderthalb Jahre. Dieser Bericht enthält vieles des Interessanten. Er wird darin kurz auf den Rücktritt des früheren Vorstehers des Gesamtverbandes, August Brust, und auf den Austritt der Arbeitervereine eingegangen. Unter dem Einfluß des Ausschusses des Gesamtverbandes seien die angeschlossenen Verbände zur Erhebung von angemessenen Beiträgen geschriftlich so daß die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1905 auf rund 2000000 Mk. angewachsen seien und im Jahre 1906 nahezu 3000000 Mk. betragen dürften gegen 900000 Mk. im Jahre 1904. Dem Gesamtverband angeschlossenen hat sich der bayerische Eisenbahnerverband, ein Reihe anderer Verbände sollen dem Anschluß ebenfalls nicht abgeneigt sein. Ausgetreten aus dem Gesamtverband ist der Gewerksverein der Ziegler.

Mit Unterstützung des Gesamtverbandes sind eine ganze Reihe von Gewerkschaftssekretariaten gegründet worden, und zwar für Obereschlesien in Rattowitz für Bayern mit dem Sitz in München, für das Saarrevier in Saarbrücken, für Lothringen in Neudorff und für Südwestdeutschland in Mülhausen im Elsaß; ferner wurde ein italienisches Sekretariat mit dem Sitz in Oberfeld gegründet; ein Sekretariat für Berlin soll im Laufe des Jahres ins Leben treten.

Die „Mitteilungen des Gesamtverbandes“ wurde erweitert und erscheinen ab 1. Januar 1906 unter dem Titel „Zentralblatt“. Die Auflage desselben beläuft sich jetzt auf 6800. Das „Gewerkschaftsblatt“ ist eingegangen dafür erscheint seit Oktober 1905 eine italienische christliche Gewerkschaftszeitung, der „L'italiano in Germania“ (Auflage zurzeit 3000), während das polnische christliche Gewerkschaftsblatt, der „Przyjaciel Robotnikow“ (ebenfalls 3000 Auflage), das seit vierzehntäglich erschienen, ab 1. Januar 1906 achttäglich herausgegeben wird.

Mit dem Ausbreiten der Bewegung wuchs auch die Zahl der Angestellten desselben. Für die fest angestellten Beamten wurde vom Ausschuß ein Unterstützungsfonds geschaffen zu welchem sowohl die Beamten wie auch die einzelnen Verbände als Arbeitgeber derselben Beiträge zu entrichten haben. Der interessanteste Teil des Berichtes ist unstreitig der Kassenbericht. Vereinnahmt wurden vom Gesamtverband im zweiten Halbjahr 1904 17227,81 Mk., davon 2721,54 Mk. Kassenbestand vom erster Halbjahr 1904

7494,88 Mk. ordentliche Beiträge, und neben einigen kleineren Posten durch den Zeitungs- und Schriftenvertrieb 5327,92 Mk. durch Sammlung für den Agitationsfonds. An Ausgaben entfielen im gleichen Zeitraum insgesamt 12 168,92 Mk., darunter 2859,09 Mk. für die „Mitteilungen“ und 666,99 Mk. für das polnische Blatt, 1737,84 Mk. für das Generalsekretariat und 2598,78 Mk. für Agitation. Für das Jahr 1905 ergibt sich einschließlich des Überschusses vom Jahre 1904 in Höhe von 5058,89 Mk. eine Einnahme von 62 507,81 Mk., darunter 23 981,44 Mk. an ordentlichen Einnahmen, 5820,98 Mk. durch Schriftenvertrieb, 6624,23 Mk. als Beiträge für die Sekretariate und 20 866,86 Mk. durch Sammlungen für den Agitationsfonds. An Ausgaben erwachsen dem Gesamtverband im Jahre 1905 41 649,62 Mk., darunter 9277,14 Mk. für das „Zentralblatt“, 2612,62 Mk. für das polnische und 684,80 Mk. für das italienische Organ, 10 407,07 Mk. für Agitation (darunter 8101,18 Mk. für die oben angeführten Provinzialgewerkschaftssekretariate), 6508,70 Mk. für das Generalsekretariat, 1620 Mk. für das Bureau für Arbeitervertretung in Berlin. Das Geschäftsjahr schließt mit einer Mehreinnahme von 20 858,19 Mk. ab.

Es ist nur den Sammlungen für den Agitationsfonds zu danken, wenn die Kasse des Gesamtverbandes nicht mit einem erheblichen Defizit abschließt. Sind doch der Kasse des Gesamtverbandes durch diese Sammlungen allein in den letzten anderthalb Jahren Gelder in Höhe von 26 194,78 Mk. zugeführt worden, während die ordentlichen Einnahmen des Gesamtverbandes sich in diesem Zeitraum nur auf 31 475,82 Mk. bezifferten. Es ist immerhin interessant zu wissen, daß der Gesamtverband zur Durchführung seiner Aufgaben in erheblichem Maße auf öffentliche Sammlungen angewiesen war.

Interessant ist aber weiter die Tatsache, daß diese 26 194,78 Mk. zu einem guten Teil durch außerhalb der christlichen Gewerkschaften stehende Personen aufgebracht worden sind. In dem Aufruf zur Bildung des Agitationsfonds wurde ausdrücklich dazu aufgefordert, bei den Mitgliedern und den Freunden der christlichen Gewerkschaften Sammlungen für denselben zu veranstalten. Unter den Geldgebern, über deren milde Gaben anfänglich in den „Mitteilungen“ quittiert wurde, figurieren denn auch eine Reihe anonymen Personen, katholische Arbeitervereine, die Expedition der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und die Angestellten des Volksvereins in M.-Glabbach — Zentrumszeitungen, Zentrumsvereine und Zentrumsagitatoren mit recht ansehnlichen Summen. Über den größeren Teil der Sammlungen hat man dann nicht mehr berichtet — quittiert wurde überhaupt nur über insgesamt 6001,82 Mk., über die Herkunft der übrigen 20 192,96 Mk. ist nichts an die Öffentlichkeit gedrungen — jedenfalls weil dadurch der Zusammenhang zwischen Zentrumspartei und christlichen Gewerkschaften gar zu augenscheinlich hervorgetreten wäre.

**Sträflicher Terrorismus.** In Oberhausen bei Augsburg ist es in einer gewerkschaftlichen Versammlung zu Meiderien und Tötlichkeiten zwischen einigen Mitgliedern des Schuhmacherverbandes und christlichen Gewerkschaften gekommen. Die letzteren mögen an der Sache nicht ganz unschuldig sein, zeichnen sich die Herren Christen doch durch ein ziemlich provokatorisches Auftreten aus; immerhin ist das Vorgehen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter tief zu bedauern. Die christliche Gewerkschafts- und die Zentrumspresse schlachtet dieses Vorkommnis natürlich weidlich aus; sie hat dazu kein Recht. Denn einmal sind ihre Anhänger, wie wir des öfteren aus unserer langjährigen Praxis festgestellt haben, zum Terrorismus andersdenkender Arbeitkollegen weit mehr geneigt als unsere Anhänger. Dann aber sind unsere Gewerkschaften gegen Terroristen im eigenen Lager stets entschieden vorgegangen, sie haben den Terrorismus stets offen verurteilt, mochte er gelbt werden von wem immer, während die christliche Gewerkschafts- und die Zentrumspresse sich stets darauf beschränkte, Fälle gegnerischen Terrorismus, tüchtig aufgebaut, sorgsam zu registrieren, über die zahlreichen Gewalttätigkeiten der eigenen Anhänger aber beredt zu schweigen. Wie einwandfrei unsere Gewerkschaften vorgehen, zeigt wieder die Tatsache, daß die Augsburger Prügelhelden wegen ihres unqualifizierbaren Verhaltens von ihrer Organisation ausgeschlossen worden sind. Wie wenig diese Leute übrigens den Gewerkschaften an die Knochhöfse gehängt werden können, mag man daraus ersehen, daß die Organisation, der sie angehörten, am Zeitpunkt der Versammlung selbst Mitgliederversammlung abhielt. Ein tüchtiger Gewerkschaftler besucht seine Mitgliederversammlung und läßt die Christlichen unter sich.

**Der Zentralausschuß der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands,** der bekanntlich nach Dresden verlegt worden ist, hat sich nunmehr konstituiert. Seine Adresse ist: Richard Holz, Dresden-N., Am See 38 IV. — Um eine engere Fühlung mit den Gewerbegerichtsbeisitzern anzubahnen und zu unterhalten, fordert der Zentralausschuß die Obmänner oder Vertrauensmänner der Arbeitnehmerbeisitzer auf, ihre Adresse an ihn einzusenden. Wo die Beisitzer an den Gewerbegerichten solche Vertrauenspersonen oder auch, je nach der Größe des Gewerbegerichtes, Kommissionen nicht ernannt haben, richte er an die jeweiligen Vorsitzenden des Gewerkschaftsartells das Ersuchen, für deren Wahl und Erledigung dieser Aufforderung baldigst Sorge zu tragen.

**Ein preussischer Bergarbeiter-Delegiertentag** war am 11. und 12. Februar in Essen versammelt. Es waren Vertreter aller Bergarbeiterorganisationen aus den verschiedenen Revieren anwesend. Verhandelt wurde über den Knappschäftsgesetzentwurf, die Frage des Reichsberggesetzes und die Lohnfrage. Wenn auch an einigen Stellen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern des alten Verbandes und denen der christlichen Organisation zutage traten, so läßt sich doch konstatieren, daß in allen wichtigen Fragen, welche die Bergarbeiter gemeinsam berühren, Einverständnis zwischen den Angehörigen der verschiedenen Organisationen besteht. Diese Tatsache dürfte die Einbringung eines Antrags veranlassen haben, der die Verschmelzung der bestehenden

Bergarbeiterverbände bezweckt. Der Antrag, der den Organisationsrat zur Erörterung überwiesen wurde, wird freilich so schnell kaum verwirklicht werden, er ist aber bezeichnend für die Stimmung in den Mitgliederkreisen, die den gegenseitigen Kampf als nicht im Interesse der Berufsangehörigen liegend erkannt haben und ihm ein Ende bereiten wollten.

**Der Buchdruckerverband** hatte am 31. Dezember 1905 41 076 Mitglieder, 469 mehr als bei Beginn des Jahres. Sein Vermögen stieg im Laufe des letzten Jahres von 4 874 013 auf 4 842 679 Mk.

**Der Verband der Friseurgehilfen** zählte am Schlusse des Jahres 1905 in 49 Filialen 1296 Mitglieder. Der Barbestand in der Hauptkasse betrug 4509,98 Mk.

**Der Sattlerverband** zählte am Jahresschluß 6010 Mitglieder, darunter 156 weibliche. Das bedeutet einen Mitgliederverlust von 521. Dagegen ist das Verbandsvermögen auf 74 784,42 Mk. angewachsen.

**Der Schiffszimmererverband** steigerte seine Mitgliederzahl im letzten Jahre von 2468 auf 2958, also um 490. Die Gesamteinnahmen des Verbandes im letzten Jahre beliefen sich auf 36 695,22 Mk., die Ausgaben auf 34 352,46 Mk., darunter 3309,05 Mk. für die Fachzeitung, 792,15 Mk. für Agitation, 19 566,59 Mk. für Streikunterstützung. Das Verbandsvermögen stieg von 52 823 auf 55 230,15 Mk.

**Der Schuhmacherverband** hat nach einer Statistik des „Fachblatt“ im Jahre 1905 insgesamt 96 Lohnkämpfe geführt, davon 71 Lohnbewegungen ohne Streiks, 24 Streiks und eine Ausperrung, gegen 68 Kämpfe im Jahre 1904, wovon 35 friedliche Lohnbewegungen und 33 Streiks und Ausperrungen.

### Unternehmerbewegung.

**Eine Interessengemeinschaft der Industrieverbände.** Nach einer Mitteilung des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist es zwischen diesem und dem Bund der Industriellen wie der Zentralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen zum Abschluß einer Interessengemeinschaft gekommen. Dieser neue Bund hat am 1. Februar bereits eine gemeinschaftliche Sitzung abgehalten, wobei unter anderem über die gesetzgeberische Behandlung der in Aussicht stehenden Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der gewerblichen Berufsvereine und des im Reichstag eingebrachten Antrags über den zehnjährigen Maximalarbeits- tag für Frauen, schließlich über die Hilfskassenreform und die Novelle zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz Beschluß gefaßt wurde. — Was mögen da die Scharfmacher wieder einmal zusammengebräut haben.

**Die Streik Klausel in Hamburg.** Die Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe in Hamburg hat beschlossen, für alle Bau- und Lieferungsverträge sowohl für Staatsbauten als auch bei Privataufträgen die Streik- und Sperrklausel einzuführen. Bei Nichtgewährung der Klausel soll die Übernahme von Verträgen strikte abgelehnt werden. Von diesem Beschluß ist dem Senat am 10. Februar Mitteilung gemacht worden und gleichzeitig wurden auch die anderen Interessenten davon verständigt, daß diese Bestimmung am 15. Februar in Kraft tritt.

Die Aufnahme der Klausel in die Verträge bedeutet bekanntlich, daß die Lieferungsfrist um die Dauer eines Streiks oder einer Ausperrung verlängert wird. Die Unternehmer richten sich also auf Kämpfe mit den Arbeitern, bei welchen sie durch vertraglich festgelegte Lieferungsfristen nicht gebunden sein wollen. Es ist allerdings ein starkes Stück, den Behörden und den privaten Kunden einfach zu eröffnen, daß von nun an keine Verträge ohne die fragliche Klausel abgeschlossen werden, und wenn Arbeiter etwas ähnliches unternehmen wollten, dann würde sich ein Entrüstungssturm in der Unternehmerpresse erheben. Gegenüber der Unverschämtheit der Bauprozess werden die beteiligten Kreise aber wahrscheinlich bescheiden zu Kreuze kriechen, denn es handelt sich ja nur um eine Niederhaltung der Arbeiter, auf die man zurzeit in Hamburg besonders erpicht ist. Ob freilich die Streik Klausel wirklich ein probares Mittel ist, um die Arbeiter von der Erhebung von Forderungen und der Durchführung von Streiks abzuhalten, das ist eine Frage, die noch keineswegs im Sinne der Scharfmacher entschieden ist.

### Soziale Rechtspflege.

#### Die volle Kompottschüssel.

Vor uns liegt, so schreibt der „Proletarier“, unser Zittauer Parteilblatt, ein Bescheid der Landesversicherungsanstalt Schlesien, durch den die Invalidenrente versagt wird. Die Antragstellerin ist eine 60 Jahre alte Zigarrenarbeiterin resp. Wickelmacherin, eine Arbeit, bei der wesentlich die Muskeln der Finger und Hände angestrengt werden, infolgedessen starkes Jittern der Hände und allgemeine Abmagerung und Schwäche bei der Antragstellerin, welche über 700 Beitragswochen auf 14 Karten erfüllt, also sehr regelmäßig gearbeitet hat. Der Veragungsbescheid sagt in der bei diesen Bescheiden üblichen lakonischen Kürze:

Sie sind noch imstande, durch Arbeit den gesetzlichen Mindestlohn von 188 1/2 Mk. jährlich zu verdienen, also wöchentlich 2,56 Mk. oder täglich das Nieseneinkommen von 36 1/2 Pfennig zu erzielen, und deshalb fort mit dem Lohn, der nach der letzten Rente läßt.

Formell ist die Rentenanstalt wohl im Recht, um die Wahrheit des alten Wibelworts „Der Buchstabe tötet, der Geist macht lebendig“, braucht sie sich ja nicht zu kümmern. Die untere Verwaltungsbehörde und deren Beisitzer haben übrigens die dauernde Erwerbsunfähigkeit der Antragstellerin bejaht, wodurch aber eben nur wieder einmal bewiesen ist, was wir Sozialdemokraten immer gesagt haben: daß diese Einrichtung etwa ebenso nützlich ist, wie das fünfte Rad am Wagen. Doch was bedarf es weiterer Worte. Die einfache Tatsache, daß ein Menschenkind, wenn es nach den Urteilen eines Arztes noch imstande ist, ein tägliches Einkommen von 36 1/2 Pfennig zu verdienen, keine Rente bekommen kann, beleuchtet die vielberufene deutsche Arbeitergesetzgebung greller, wie es das größte Brillantfeuerwerk tun könnte. Und da wundert sich die satte Speikerei und die hinverbrannte Scharfmacherei noch über das stete Wachsen der Sozialdemokratie!

### Polizeiliches und Gerichtliches.

**Arbeiter! Merkt's euch!** Aus Konstanz wird berichtet: Die eintägige Gefängnisstrafe der Baumeister, die sich anlässlich des letzten Maurerstreiks gegen § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben, ist im Gnadenweg in eine Geldstrafe von je 40 Mk. umgewandelt worden.

**Wann ist das Streikpostenstehen „an sich“ lästig?** Diese Frage entschied kürzlich die Strafkammer zu Bochum in höchst origineller Weise. Während des monatelang andauernden Ausstandes der Schreiner der Firma Blockmann & Co. stand der Schreiner Claus Streikposten. Die Polizeiinspektion gab den Polizeibeamten die generelle Anordnung, Claus von der Straße zu weisen. Als dieser der Aufforderung nicht folgte, wurde er in Haft genommen. Dieser Vorgang wiederholte sich einige Tage nachher wieder. Das Schöffengericht erklärte das Vorgehen der Polizei als ungerechtfertigt und gegen das Gesetz verstoßend. Es sprach den Angeklagten von der Übertretung des § 59 der Straßenpolizeiverordnung frei. Der Staatsanwalt legte gegen diese Entscheidung Berufung ein. Die Strafkammer erklärte das Streikpostenstehen an sich nicht für strafbar, anders aber wenn eine Belästigung des Publikums damit verbunden sei. Im vorliegenden Falle seien nun aus dem Publikum Beschwerden an die Polizei ergangen, daß Straßenpassanten angehalten worden seien; insbesondere hätten Arbeiter der Firma Blockmann Hilfe gegen die Streikposten erbeten. Eine Belästigung des Publikums sei schon dann vorhanden, wenn unter den konkreten Umständen das Streikpostenstehen von Passanten als lästig empfunden werde. Die Strafkammer hob das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte Claus wegen Übertretung des § 59 der Straßenpolizeiverordnung und des § 360<sup>a</sup> des Str.-G.-B. in zwei Fällen zu 40 Mk. Geldstrafe. Die Bochumer Strafkammer scheint nach dem Grundsatz zu verfahren: Die Arbeiter haben das Recht, sich zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen; wer aber von diesem Recht Gebrauch macht, wird bestraft. Sollte vorstehendes Urteil bestehen bleiben und allgemein Geltung erlangen, dann wäre es mit dem Streikpostenstehen überhaupt vorbei. Wie die „Rh.-W.-Ztg.“ berichtet, heißt es in dem Urteil, daß sogar dann eine Belästigung des „Publikums“ vorliege, wenn sich die in Frage kommenden Arbeitswilligen belästigt fühlen. Diese „Feststellung“ wird den Gerichten niemals besondere Schwierigkeiten machen. Voraussichtlich wird sich nun noch die weitere Instanz mit dem Urteil befassen müssen.

### Briefkasten.

**Striegau. G. S.** Ihre Zuschrift läßt den Sachverhalt nicht erkennen, sie ist deshalb wenigstens in dieser Form zur Veröffentlichung nicht geeignet.

**Cham.** Es kann keinem Mitglied und keiner Verwaltung verwehrt werden, einen bestimmten Kandidaten durch Mundschreiben an die Wahlstellen der betreffenden Wahlabteilung besonders zu empfehlen. Die Mitglieder, welche den Delegierten zum Verbandstag zu wählen haben, sind natürlich an diese Empfehlung in keiner Weise gebunden.

**Ober-Ramstadt. S. M.** Die Angelegenheit kann in der von Ihnen gewünschten Weise nicht in die Wege geleitet werden. Wenden Sie sich zunächst an den Verbandsvorstand.

### Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 3 in Hamburg).

Aber schüsse sandten ein in der Zeit vom 19. Januar bis 8. Februar: Lindenau, Schweinau, Witzburg II je 500 Mk., Altona, Berlin C, Kiel, München II, Ludwigshafen, Hannover je 400, Breslau, Magdeburg, Heidelberg je 350, Adlershof, Mühlheim a. Rh. je 300, Kirchheim, Darmstadt, Salmünster, Rabenau, Hemmoor, Würzen, Jena je 250, Plauen i. Vogtl. 225, Kl.-Fischauer, Flensburg, Göttingen, Gnanu, Gera, Bielefeld, Nectarau, Schwerte, Bockenheim, Wachen, Steglitz, Gohlis, Hamburg V, Göttingen, Mühlburg, Konstanz, Johanngeorgenstadt, Gatzburg, Gotha, Sudenburg, Oppau, Rath-Genmar, Ditteldorf je 200, Schönefeld 185, Plauen b. Dresden 180, Boll 176,91, Bickenbach 178,22, Aue 160, Wilhelmshurg 144,80, Jhehoe, Drebbruf je 140, Horde 139,95, Dresden-N. 130, Dortmund 125, Volkmarndorf, Soden, Bickendorf, Bruchsal, Wilsen, Klippes, Homburg v. d. Höhe, Freiberg i. S., Dessau, Reichenbach, Langenweddingen, Böhmisch, Wolmarshausen 150, Bachnang, Offenburg, Wuggensturm, Landau, Reideburg, Finthen, Schönbau, Ohlau, Gisenach, Fierlohn, Mombach, Stadtilm, Böbau, Brühl, Carlshafen, Bruckdorf, Trotha, Hofheim, Kleinhaußen, Mühlheim a. Donau, Kavitisch, Dümmwald, Hennef, Zangenberg, Süschena, Friedrichshagen, Wrexheim, Salzigungen, Spandau, Mülln, Kiesa, Lurzbach, Zwickau, Goldlauter, Pinneberg, Gopmannsdorf, Neuschönefeld, Bamberg, Rödelheim, Jitdorf, Coblenz, Sprottau, Wilsdruff, Zauberbischofsheim, Meisen, Wolfsanger, Pfaffenwiesbach je 100, Hochstadt, Plauze je 90, Wintersdorf, Zeultroda, Strehlen, Loschwitz, Mothenburg je 80, Kirchdilmold, Schwab. Hall, Brieg, Wilsler, Heinrichsruh je 75, Burgstädt 71,21, Gummersdorf, Oberkirch je 60, Weilburg, Göta, Schwerningen, Kaltensordheim, Viemehna, Alsbach, Unterhaußen, Waldheim, Geisenheim, Freiburg i. Schlesien, Aterßen je 50, Wetterzeube 40, Apolda 30 Mk., Summa 22 228,09 Mk.

Zuschuß erhielten: Alzenau, Augsburg, Charlottenburg, Reintendorf je 300 Mk., Ulm 250, Enderich, Mainz, Neuwied, Rosenheim, Heddesheim, Pfäfersheim, Oberad, Neustadt a. d. S. je 200, Gumbelsheim, Vorch, Rödgersheim, Wudenheim, Seeheim, Wöckingen, Roffheim, Diesdorf, Lamsbrecht, Klippur je 150, Cronberg, Lettin, Hamburg II, Geseke, Bonamez, Rüdighheim, Schöneberg, Rofheim, Soffenheim, Starnberg, Dristel, Neumühlen, Muthlangen, Memmingen, Knielingen, Elmitten, Driesen je 100, Niederberg 80, Kempfen 70, Schriedefeld, Buchheim, Gartz, Teichern, Heckerhausen je 50 Mk., Summa 6760 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt 2162,57 Mk.

